

# Hinterland

# 40/2018 4,50 euro



bildung

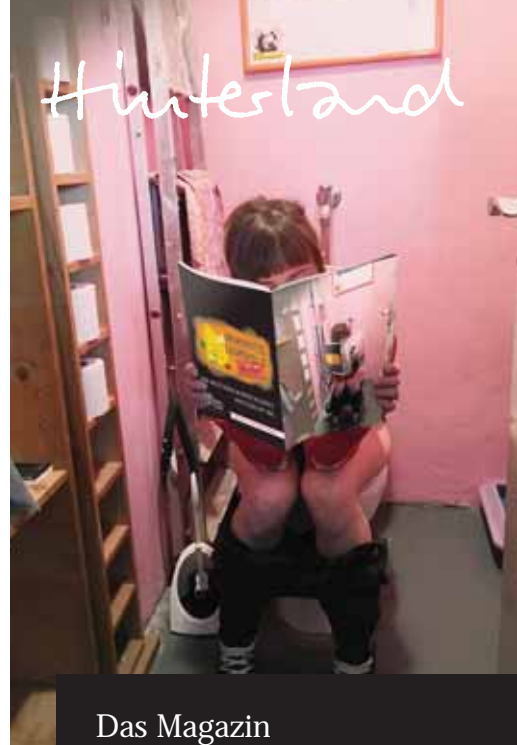


**HILFT direkt GEGEN:  
anhaltende Empathielosigkeit,  
Ohnmachtsgefühle,  
Unmenschlichkeit und  
Zynismus.**

**jetzt Fördermitglied werden!**

[www.fluechtlingsrat-bayern.de](http://www.fluechtlingsrat-bayern.de)

Hinterland



Das Magazin  
für kein ruhiges.

Hinterland #40  
Winter 2018/2019

## IMPRESSUM

**Titel:** Marianne Walther 2018

**Herausgeber:**  
Bayerischer Flüchtlingsrat  
Augsburgerstraße 13  
80337 München

**Verantwortlich für diese Ausgabe:**

Başak Özdemir und Tom Reiss

**Redaktion:** Agnes Andrae, Başak Özdemir,  
Christine Wolfrum, Florian Schäfer, Joshua  
Hamel, Katharina Martl, Marianne Walther,  
Matthias Weinzierl, Pit Kühnöl, Stephan  
Dünnwald, Tom Reiss

*(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)*

**Kontakt:** [redaktion@hinterland-magazin.de](mailto:redaktion@hinterland-magazin.de)

**Gestaltung:** Matthias Weinzierl

**Druck:** Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG  
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

**Auflage:** 1.600 Stück

**Website:** Anton Kaun

**Anzeigen:** [anzeigen@hinterland-magazin.de](mailto:anzeigen@hinterland-magazin.de)

**Jahresabo:** 21,00 Euro

**Abo-Bestellung:** [abo@hinterland-magazin.de](mailto:abo@hinterland-magazin.de)

[www.hinterland-magazin.de](http://www.hinterland-magazin.de)

*Eigentumsvorbehalt:*

*Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.*

4

## **zitiert & kommentiert**

Von Hubert Heinold

l i b a n o n

5

## **Bekaa Blues**

*Syrische Geflüchtete im Libanon*

Foto-Essay von Erol Gurian

b i l d u n g

12

## **Du hast keine Chance. Nutze Sie!**

*Wie Asylpolitik das Bildungspotenzial  
geflüchteter Jugendlicher zerstört*

Von Hedwig Fuß und Christoph Köhler

18

## **Muskeln statt Köpfe**

*Kluge Geflüchtete bleiben unerwünscht*

Interview mit Tobias Klaus von Agnes Andrae

23

## **Wer zuletzt lacht, lernt am besten**

*Ein Wörterbuch entsteht*

Von Katja Doubek und Abas Ahmed Salih

32

## **Schulkinder zweiter Klasse**

*Wie die Regierung Gesetze bricht*

Von Hubert Heinhold

34

## **Nicht hier, um zu lernen**

*Eine Mappe voller Zeugnisse – nicht anerkannt*

Von Tom Reiss

43

## **Angst vor der Anmeldung**

*So wird das Recht auf Bildung praktisch  
untergraben*

Von Solidarity City Berlin

48

## **Schulen ohne Abschiebung**

*Eine Kampagne macht sich dafür stark*

Vom Roma Center

50

## **„Wir brauchen Papiere. Und ich habe keine“**

*Ahmed E. erzählt von verschlossenen Türen*

Interview von Başak Özdemir  
und Matthias Weinzierl

56

## **Lasst mich doch unterrichten!**

*Geflüchtete Pädagogen sind super qualifiziert*

Von Abdullah Zaal

d r . d . d e c k t a u f

59

## **Zweifelhafte Schnäppchen-Angebote**

*Hau-Ab-Prämie für Rückkehrer\*innen*

Kolumne von Dr. Stephan Dünnwald

l a g e r l a n d

61

## **Asyl\_Ästhetiken**

*Das Stilleben im Lager*

Foto-Essay von Kaveh Rostamkhani

72

## **Polizeigewalt gegen Geflüchtete rechtens?**

*Rassismus pur*

Von Aino Korvensyrjä

w e r s p r i c h t f ü r w e n ?

78

## **Nebeneinander Sitzen**

Kommentar von Mohamad Kord

b i g d a t a

80

## **Flucht in Daten und Zahlen**

*Die Infos sind da, man muss sie auch zu lesen  
wissen*

Von Suny Kim

t a n t e t o m k o t z t

85

## **Auf eure Gefühle ist geschissen**

Kolumne von Tante Tom

E d i t o r i a l

*„Bildungshunger und Wissensdurst sind  
keine Dickmacher“  
(Lothar Schmidt)*

*Liebe und lernwillige Leser\*innen,*

*das Jahr 2018 geht zu Ende, und es gab  
erstaunlich viel zu lernen, was wir  
eigentlich schon längst hätten wissen  
müssen: Zum Beispiel, dass Seenotrettung  
nicht verhandelbar ist; dass eine bayeri-  
sche Grenzpolizei überflüssig und grober  
Unfug ist; dass eine Strafkolonie nichts  
anderes wird, wenn man sie Anker-Zen-  
trum nennt; dass Rassismus nicht  
verschwindet, wenn man ihn ignoriert;  
und ganz allgemein, dass wir noch viel  
zu lernen haben.*

*Menschen sind unglaublich lernfähig,  
stoßen aber an Grenzen, wenn man  
ihnen Bildung verweigert. Das gilt für  
Asylbewerber\*innen und Geflüchtete,  
denen die deutsche Gesellschaft viel  
abverlangt und wenig gibt, ebenso wie  
für die deutsche Gesellschaft selbst, die  
sich oft schwer damit tut, dass sie noch  
weit davon entfernt ist, alles zu wissen  
und zu können. Und in der wachsenden  
Frustration seitens Geflüchteter, Ehren-  
amtlicher und Unterstützer\*innenkreise  
zeigen sich die großen Probleme, die eine  
Gesellschaft erzeugt, wenn sie Teilen ihrer  
selbst nicht die Möglichkeiten zu Bildung  
und Teilhabe gibt.*

*Wir haben für diese Ausgabe Menschen  
um ihre Perspektiven zu Bildung gebeten,  
und es ging nicht nur darum, wie Lernen  
funktioniert oder nicht funktioniert:  
Während einige Geflüchtete uns an ihren  
Problemen beim Lernen in und über  
Deutschland teilhaben lassen, erzählt uns  
Abdullah Zaal über die Probleme, als  
Geflüchteter in Deutschland Lehrer zu  
sein. Hubert Heinhold berichtet von  
seinem juristischen Kampf für die  
gleichberechtigte Beschulung geflüchteter  
Kinder. Suny Kim erklärt, wie man an  
zuverlässige Daten zum Thema Flucht  
kommt. Und auch sonst hoffen wir, euch  
zum Jahresende ein informatives und  
lehrreiches Heft an die Hand zu geben.*

*Einen wundervollen Start ins Jahr 2019  
wünscht euch eure*

*Hinterland-Redaktion*

## *„Hilft Bildung gegen Armut?“*

(stern.de vom 22. Juni 2009)

## *„Bildung ist das beste Verhütungsmittel“*

(welt.de vom 8. Juli 2012)

## *„Je mehr Bildung, desto seltener rechts“*

(sz.de vom 4. Juni 2014)

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold  
erhielt im November  
2018 die höchste  
Auszeichnung der  
Caritas, die Pater-  
Rupert-Mayer Me-  
daille für seinen  
jahrzehntelangen  
Einsatz für die Be-  
lange und Rechte  
geflüchteter Men-  
schen

**D**ass Bildung ein Allheilmittel ist, haben auch die deutschen Parteien erkannt. Seit Jahren fordern sie vor allen Wahlen „mehr Bildung“ und vergessen das dann sogleich wieder. Viele Schulen sind marode, die Ausstattung mit Computern ungenügend, es herrscht allenthalben Lehrer\*innenmangel und die vorhandenen sind gestresst.

Diese Klage ändert natürlich nichts daran, dass es wünschenswert, ja notwendig ist, dass Bildung im Land verbreiteter wäre. Manche Stammtischparole bliebe dann von Politiker\*innen ungesagt, auch weil sie nicht die gewünschte Resonanz fände. Obwohl die Aussage, Bildung verhindere Armut fraglich ist, sollte die umgekehrte Erkenntnis, dass Armut immer noch den Zugang zu Bil-

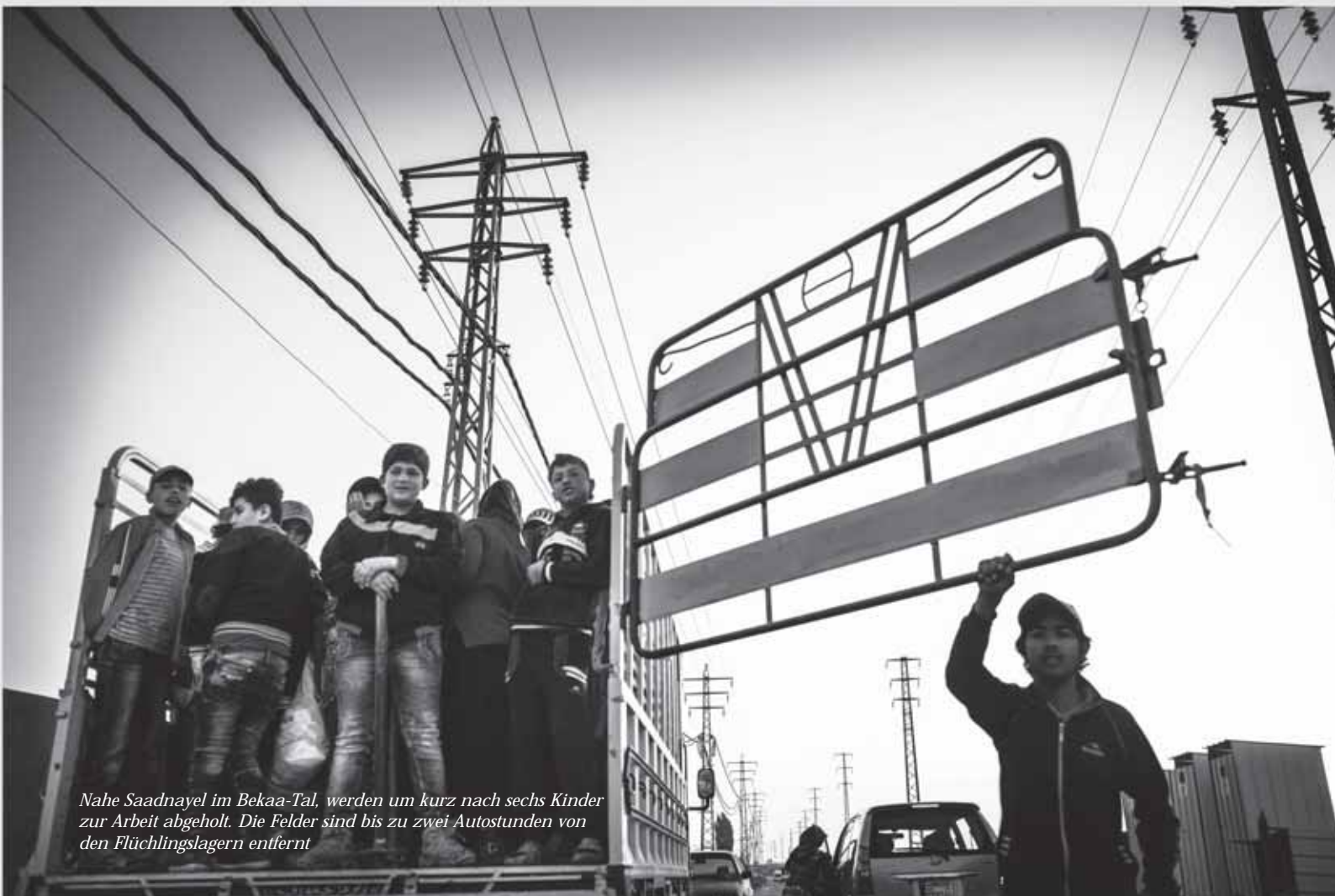
dung erschwert, endlich zu Taten führen. Vor allem die Tatsache, die die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 gerade bestätigte, dass niedrige Bildung ein Einflussfaktor auf rechtsextreme, ausländer- und jüdenfeindliche Einstellungen ist, zwingt dazu, in die Ausbildung zu investieren. Geld hierzu ist sowohl gesellschaftlich, als auch individuell vorhanden. Und bemerkenswerter Weise bezeichnen Menschen mit rechtsextremen Einstellungen ihre wirtschaftliche Lage als gut.

So bleibt zu hoffen, dass auch ihre Kinder eine Bildung bekommen, die sie zu Hause bei ihren autoritären und gewaltbereiten Eltern wohl eher nicht genießen.<



# Bekaa Blues

Ein Foto-Essay von Erol Gurian



*Nahe Saadnayel im Bekaa-Tal, werden um kurz nach sechs Kinder zur Arbeit abgeholt. Die Felder sind bis zu zwei Autostunden von den Flüchtlingslagern entfernt*









*Geflüchtete syrische Mädchen und Frauen arbeiten auf einem Kartoffelfeld im Bekaa Tal, nahe Saadnaye, Libanon. Sie verdienen ca. vier US Dollar pro Tag*



*Mädchen bei der Arbeit im Kartoffelfeld: Baseball-  
kappe und Kofeyah schützen vor der sengenden  
Sonne Im Bekaa-Tal. Mit einer Harke lockert das  
Mädchen den trockenen Boden des Kartoffelfeldes.  
Üblicherweise arbeiten die Flüchtlingskinder im  
Bekaa Tal halbtägig an sieben Tagen pro Woche. Sie  
verdienen damit 100 Euro pro Monat*



*Ein Junge schleppt leere  
Kunststoffkisten für die  
Minz-Ernte im Bekaa Tal*





*Unterricht in einer Zeltschule der libanesischen NGO  
Beyond Association in Saadnayel, Libanon. Für die meisten  
Schülerinnen und Schüler ist der gemischte Unterricht im  
Libanon neu: in Syrien sind Klassen meist streng nach  
Geschlechtern getrennt*





*Der Litani Fluss dient den Geflüchteten als Müllhalde: Korrupte Sanitär-Dienstleister haben ihre Arbeit eingestellt. Saadnayel, Libanon*

Etwa ein Drittel der insgesamt eineinhalb Millionen syrischen Geflüchteten leben seit 2015/16 im Bekaa-Tal, der Kornkammer des Libanon. Sie wohnen in „Informal Settlements“, selbst-organisierten Zeltstädten und sonstigen improvisierten Unterkünften, errichtet mit der Unterstützung des UNHCR Hilfswerkes. Syrische Geflüchtete bekommen im Libanon grundsätzlich (bis auf wenige Ausnahmen) keine Arbeitserlaubnis. Um zu überleben, suchen sich die Männer typischerweise Schwarzarbeit in der Gastronomie oder im Bau. Frauen und Kinder arbeiten zum großen Teil auf den Gemüsefeldern des Bekaa-Tals und werden von der Polizei und Militär geduldet.

Die meisten Kinder müssen arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen. Viele Mädchen und Jungs schuften für einen Monatslohn von knapp 100 Euro. Bei Temperaturen von über 40 Grad Celsius legen sie im Sommer

viele Kilometer zurück. Dann müssen sie Erde umgraben, Unkraut jäten oder Gemüse ernten. Nicht selten erleiden sie sexuelle Gewalt, werden geprügelt oder vergewaltigt. In Fachkreisen spricht man von diesen Kindern von der „Lost Generation“, einer Generation von Kindern, die ohne, oder mit zu wenig Schulbildung aufwachsen. Viele als Analphabeten.

Die Belastung für die Kommunen des kleinen Libanon ist unerträglich. Die Geflüchteten sind nur unzureichend in ihren Zelten versorgt. Das Müll- und Abwassermanagement funktioniert nicht, und die Libanesischen Schulen sind mitunter völlig überlastet, mit dem Versuch Syrische Kinder im Schichtbetrieb an Nachmittagen zu unterrichten. Das Leben – vor allem im Winter – ist eine große Herausforderung: immer wieder stürzen Zelte unter der Last des Schnees ein und Familien werden im Handumdrehen obdachlos.





In letzter Zeit mehren sich Stimmen aus der Politik und aus der Bevölkerung, die eine Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat fordern. Fünzigtausend von ihnen sind 2018 bereits zurück gegangen, aber vor allem junge Männer scheuen sich vor der Rückkehr, denn sie werden vom Syrischen Militär eingezogen und müssen kämpfen. Bis auf Weiteres werden sich Libanes\*innen und Syrer\*innen wohl mit ihrer ungewollten Koexistenz abfinden müssen.

*Der Fotoessay Bekaa Blues ist ein Work-in-Progress des Münchner Fotojournalisten Erol Gurian.*

*Seit 2015 bereist er den Libanon regelmäßig, um vor allem über die Situation der jugendlichen Geflüchteten zu berichten. Seine Arbeit erschien unter anderem in der Süddeutschen Zeitung und wurde 2016 mit dem Martin-Lagois Fotopreis ausgezeichnet.*

# Du hast keine Chance. Nutze Sie!

Wie das Bildungspotenzial geflüchteter Jugendlicher zerstört wird

Die 3+2-Regelung vom August 2016 sollte Auszubildenden und deren Betrieben eine Aufenthaltsgarantie von mindestens fünf Jahren gewähren, die Nachwuchslücke der Wirtschaft füllen und geflüchtete Jugendliche schnell in den Arbeitsmarkt integrieren. Im Gegensatz zu diesen Zielen entstehen, da nach der sogenannten Bleibeperspektive und dem damit verbundenen Beschäftigungsverbot differenziert wird, bereits in den Schulen große Unsicherheiten, die Bildungs- und Arbeitsmarktpotenziale vernichten. Von Hedwig Fuß und Christoph Köhler

**I**n Bayern gilt seit 2011 eine Berufsschulpflicht, beziehungsweise ein Recht auf Schule auch für jugendliche Geflüchtete bis zum Alter von 21. Jungen Erwachsenen bis 25 Jahren wird es ebenfalls ermöglicht, einen Schulabschluss nachzuholen. Bayern war damit ein Vorreiter für das umfassende Lernen junger Geflüchteter in Schulen. Eine Erfolgsgeschichte, die unter anderem der jahrelangen Lobbyarbeit lokaler Flüchtlingsorganisationen und Bildungseinrichtungen geschuldet ist. Wichtig waren und sind hier auch die Forderungen von IHK (Industrie- und Handelskammer) und HWK (Handwerkskammer), die händeringend nach Auszubildenden für kleine und mittlere Betriebe suchen. Erfolgreiche Ausbildungsverläufe im dualen System haben gezeigt, dass Jugendliche, die auf ihrer Flucht vor Gewalt, Krieg oder Hoffnungslosigkeit in Bayern gelandet sind, teilweise die manchmal dramatische Nachwuchslücke in der regionalen Wirtschaft ausfüllen können.

Erfolgsmodell: Berufsintegrationsklassen plus duale Ausbildung

So wurden im Rahmen des Berufsschulsystems Berufsintegrationsklassen eingerichtet, ergänzt durch

das seit vielen Jahren bestehende Angebot freier Träger. Junge Geflüchtete erhalten intensiven Deutschunterricht und werden in den klassischen Schulfächern auf den Mittelschulabschluss sowie in Ausnahmefällen auch auf den höherwertigen Qualifizierenden Schulabschluss („Quali“) vorbereitet. Ziel für die meisten Jugendlichen ist der gelungene Übergang in die Ausbildung. In München gibt es aktuell drei große Anbieter: Die Berufsschule an der Balanstraße, die Schlauschule und das Projekt FlüB&S der Münchner Volkshochschule.

Dieses System hat sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Bei der demografisch und wirtschaftlich bedingten Nachwuchslücke an jungen Arbeitskräften öffnete sich der Ausbildungsmarkt auch für Geflüchtete. Eine abgeschlossene Ausbildung und andere „Bewährungsproben“ wiederum bieten die Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt. Starke Anreize also, den Schulbesuch erfolgreich abzuschließen. So schafften in der Vergangenheit 90 Prozent der Schüler\*innen von FlüB&S einen Schulabschluss und 60 Prozent von ihnen haben eine Ausbildung begonnen.



Diese Erfolge gab es trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Überwiegend kamen die Schüler\*innen ohne Eltern nach Deutschland. Viele von ihnen leben heute in Mehrbettzimmern in Gemeinschaftsunterkünften und erhalten keine Unterstützung durch die Jugendhilfe. Die Heterogenität der Klassen ist eine Herausforderung für den täglichen Unterricht. So konnten einige Schüler\*innen in ihren Herkunftsländern regelmäßig eine Schule besuchen, andere wurden hier erst alphabetisiert. Wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, war es dennoch den meisten Jugendlichen möglich, innerhalb von zwei oder drei Jahren den Mittelschulabschluss oder sogar den Quali zu erwerben.

Ohne Bleibeperspektive keine  
Beschäftigungserlaubnis

Die 3+2-Regelung vom August 2016 hätte dieses Modell stabilisieren können. Geflüchtete haben ihr zufolge Anspruch auf bis zu fünf Jahre Duldung, sofern sie einen Ausbildungsplatz vorweisen können. Damit sollte für sie sicher sein, dass sie ihre Ausbildung beenden und anschließend noch zwei Jahre in ihrem erlernten Beruf arbeiten können. Seit 2015 wird aber immer schärfer nach der sogenannten Bleibeperspektive unterteilt, um Abschiebungen zu legitimieren und in den Herkunftsländern ‚Anreize‘ zur Flucht zu verringern. Immer mehr Jugendlichen verschließt sich dadurch der Zugang zu einer Ausbildung. Die Folge: Die aus wirtschaftlicher Perspektive so erwünschten Bildungs- und Arbeitsmarktpotenziale von jungen Geflüchteten werden zerstört.

Am schärfsten gilt dies für junge Geflüchtete aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern. Menschen aus dem Westbalkan, Ghana und dem Senegal, die in Deutschland Asyl beantragen, unterliegen einem generellen Arbeitsverbot. Ohne Beschäftigungserlaubnis jedoch keine Ausbildung. Und ohne Ausbildung keine Ausbildungsduldung. Mit dem Schulabschluss entlässt der deutsche Staat diese Mädchen und Jungen ins absolute Nichts. Ungeachtet kritischer Stellungnahmen von Kammern und Unternehmensverbänden

werden selbst die Interessen der Wirtschaft einer Abschreckungspolitik untergeordnet, die trotz eines Überangebots an nicht besetzten Lehrstellen diesen Jugendlichen jegliche berufliche Qualifizierung verweigert.

Auch für Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive aus Ländern mit einer Anerkennungsrate von unter 50 Prozent – vor allem Geflüchtete aus Afghanistan –, wird so die Beschäftigungserlaubnis und damit eine potenzielle Ausbildungsduldung in Bayern zum Roulettespiel. Die Ausländerbehörden der Landkreise und die zentrale Ausländerbehörde handhaben die Ausstellung von Beschäftigungserlaubnissen im Rahmen ihres Ermessensspielraums unterschiedlich, aber meist sehr restriktiv. In den Anweisungen des bayerischen Innenministeriums für die Ausländerbehörden wird die gewünschte Verwaltungspraxis deutlich vorgegeben: Eine geringe Anerkennungsquote spricht gegen die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis, die Schwelle kann aber nach Ermessen festgelegt werden. Attestiert das Amt dem Antragsteller eine schlechte Bleibeperspektive, kommt die Ausbildungsduldung, die mit der 3+2-Regelung verbunden sein sollte, gar nicht zum Zuge. Bei einer letztinstanzlichen Ablehnung im Asylverfahren schließen sich die Türen endgültig.

Ein unsicherer Status verstört  
junge Menschen

Die Angst vor einem negativen Asylbescheid, die Unsicherheit über ein eventuelles Ausbildungsverbot und die Panik vor einer Abschiebung haben massive Folgen für die Bildungs-

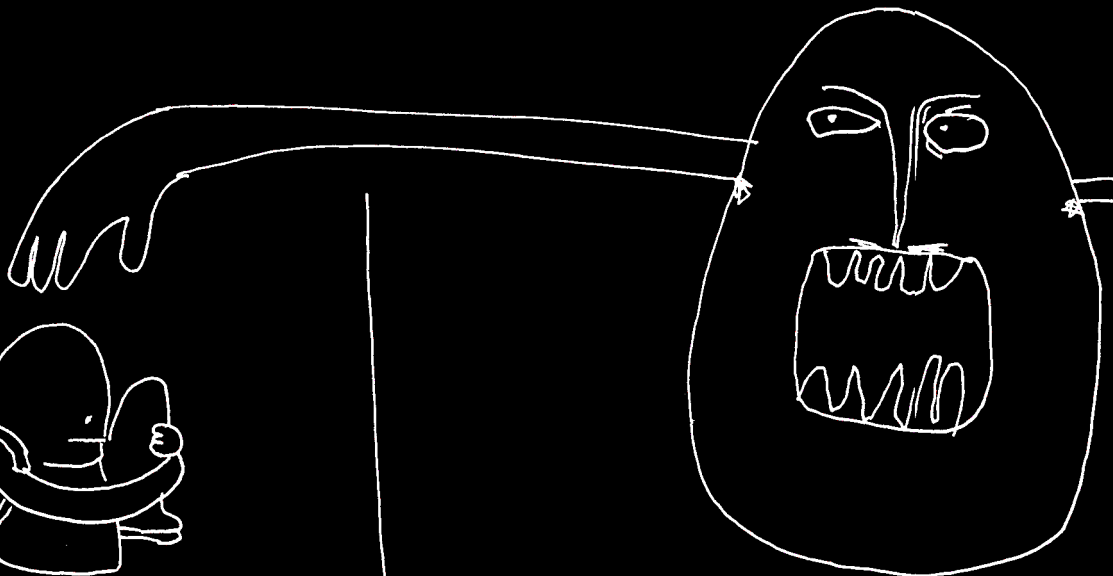
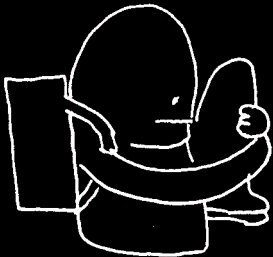
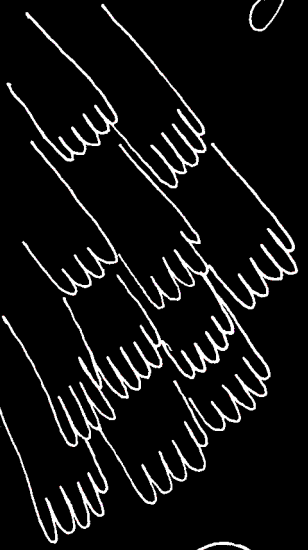
prozesse geflüchteter Jugendlicher. Schüler\*innen aus Afghanistan, dem Irak oder Nigeria, also jenen mit schlechter Bleibeperspektive, leben in ständiger Unsicherheit um ihre Zukunft, während sie die Schule besuchen: Wird mir danach ein Arbeitsverbot erteilt? Droht dann die Abschiebung? Für die Mehrheit der Schüler\*innen aus den genannten Ländern ist dieser Albtraum tägliche Realität.

Ein erfolgreicher Schulbesuch setzt jedoch eine hohe Motivation und vor allem psychische Stabilität voraus. In zwei bis drei Jahren müssen die Jugendlichen

## ***Wird mir nach der Schule ein Arbeitsverbot erteilt?***

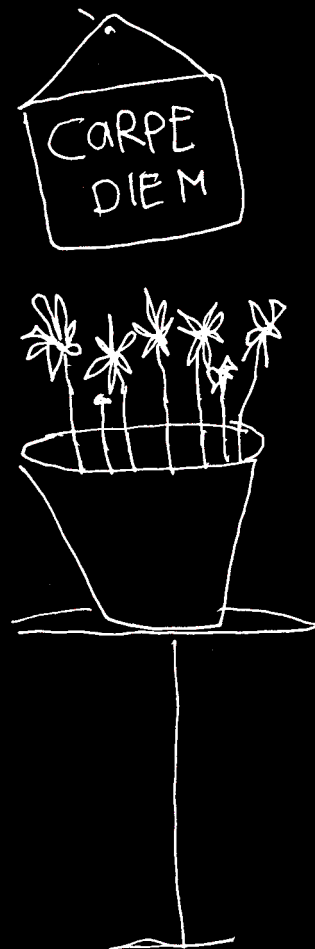
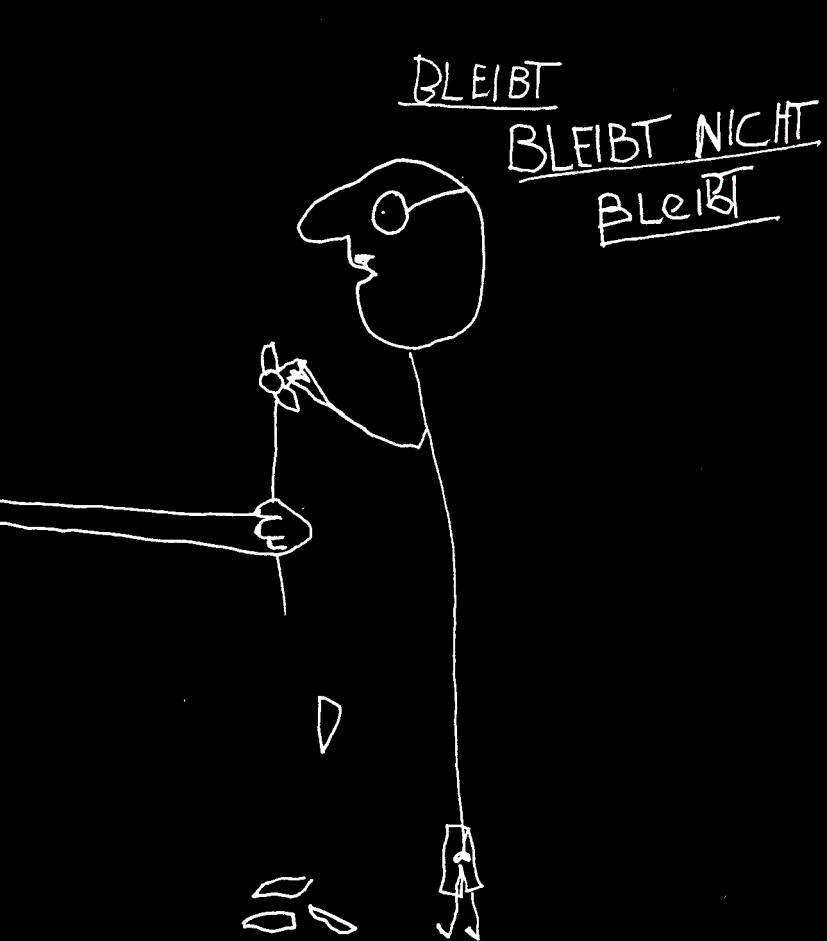
# TAG X

'SPÜLHILFE  
gesucht'



Komm ins  
KARUSELL





sowohl eine fremde Sprache erlernen, als auch deutsche Geschichte, Sozialkunde und Mathe pauken, um den Mittelschulabschluss zu schaffen. In Betriebspraktika müssen sie zudem beweisen, dass sie Ausbildungsanforderungen erfüllen können. Nicht zuletzt müssen sich diese Schüler\*innen an feste und klar vorgegebene Strukturen anpassen, auch wenn diese oft nicht kompatibel sind mit der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, den Sorgen um die zurückgelassene Familie und Freunde und der Vorbereitung auf eine Anhörung. Ob sich all der Einsatz gelohnt hat und sich darüber ein sicherer Aufenthalt eröffnet, zeigt sich erst, wenn am Ende der Schulausbildung nach Vorlage eines Ausbildungsvertrages eine Beschäftigungserlaubnis beantragt werden kann. Die persönliche schulische Leistung der Jugendlichen, ihre berufliche Vorerfahrung und eine erfolgreiche Ausbildungssuche spielen dabei keine Rolle. Allein aufgrund ihrer Nationalität und ihres Aufenthaltsstatus sortiert die Behörde sie ein oder aus.

### Angst vor Abschiebung entscheidet über die Ausbildung

Die Angst vor dem Arbeitsverbot und einer drohenden Abschiebung wirkt sich aber nicht nur auf die schulischen Lernprozesse aus, sondern auch auf Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen. Ein endgültiger negativer Asylbescheid ermöglicht zwar einen weiteren Schulbesuch, verhindert jedoch in der Regel jede Aufnahme einer Ausbildung. Eine Beschäftigungserlaubnis wird bei negativem Asylbescheid nicht mehr gewährt. Die Jugendlichen aus Ländern mit schlechter Bleibeperspektive drängen deshalb darauf, die Schule vorzeitig zu verlassen und noch im laufenden Asylverfahren eine Ausbildung zu beginnen. Dies ist mittlerweile in niedrig qualifizierten Berufen mit unbesetzten Lehrstellen und großem Nachwuchsbedarf möglich (etwa im Einzelhandel und in der Gastronomie). Ob der Berufswunsch tatsächlich in der Gastronomie oder im Verkauf liegt, darf dabei keine Rolle spielen. Trotzdem besteht dann für die Jugendlichen ein hohes Risiko zu scheitern. Denn die duale Ausbildung verlangt den Besuch einer Berufs-

schule. Hier aber setzen die Lehrkräfte Mindeststandards voraus. Ohne ausreichende Deutsch- oder Mathematikkenntnisse wird der Unterrichtsstoff der Berufsschule oft zu einer unüberwindbaren Hürde. Ein Ausbildungsabbruch droht und der Teufelskreis beginnt aufs Neue: keine Ausbildungsstelle – keine Ausbildungsduldung.

Lässt sich ein Jugendlicher dennoch nicht davon abbringen, einen höheren Schulabschluss zu erwerben, um sich für seinen Wunschberuf oder ein Studium zu qualifizieren, bedeutet dies eine hochriskante Entscheidung. Für einen Schulbesuch oder ein Studium wird grundsätzlich keine Ausbildungsduldung ausgesprochen.

### Abschieben und abschrecken statt integrieren

Bildungseinrichtungen können ihren ursprünglichen Auftrag der individuellen Förderung nicht mehr umfassend erfüllen, wollen sie nicht den Aufenthalt ihrer Schüler\*innen gefährden. Beratungsgespräche zur schulischen Ausbildung oder für die Berufswahl beginnen meist mit der Frage nach dem Aufenthaltstitel und danach, ob das Asylverfahren noch läuft, oder ob bereits ein Ablehnungsbescheid eingegangen ist; ob ein Klageverfahren läuft, welche Nationalität vorliegt und nicht zuletzt, in welchem Landkreis der Jugendliche lebt.

## **Für Jugendliche besteht ein hohes Risiko zu scheitern**

Wichtige Fragen: Kommt der oder die Schüler\*in aus Afghanistan oder Pakistan? Wurde der Asylantrag bereits einmal abgelehnt? Ist eine Ausländerbehörde mit hoher Ablehnungsquote zuständig? Trifft das zu, bleibt normalerweise nur noch wenig Zeit, die Schule zu besuchen. Je schneller man diese Schüler\*innen in eine Ausbildung vermittelt, desto höher sind die Chancen noch eine Beschäftigungserlaubnis und bei negativem Asylbescheid eine Ausbildungs-

duldung ausgesprochen zu bekommen. Schulische Lücken, fehlende Deutschkenntnisse oder bei vielen der Wunsch, einen höheren Schulabschluss zu erlangen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Ausbildungsstellen, die wenig attraktiv sind für Jugendliche mit festem Aufenthalt oder deutscher Staatsbürgerschaft bleiben meist die einzige Option.

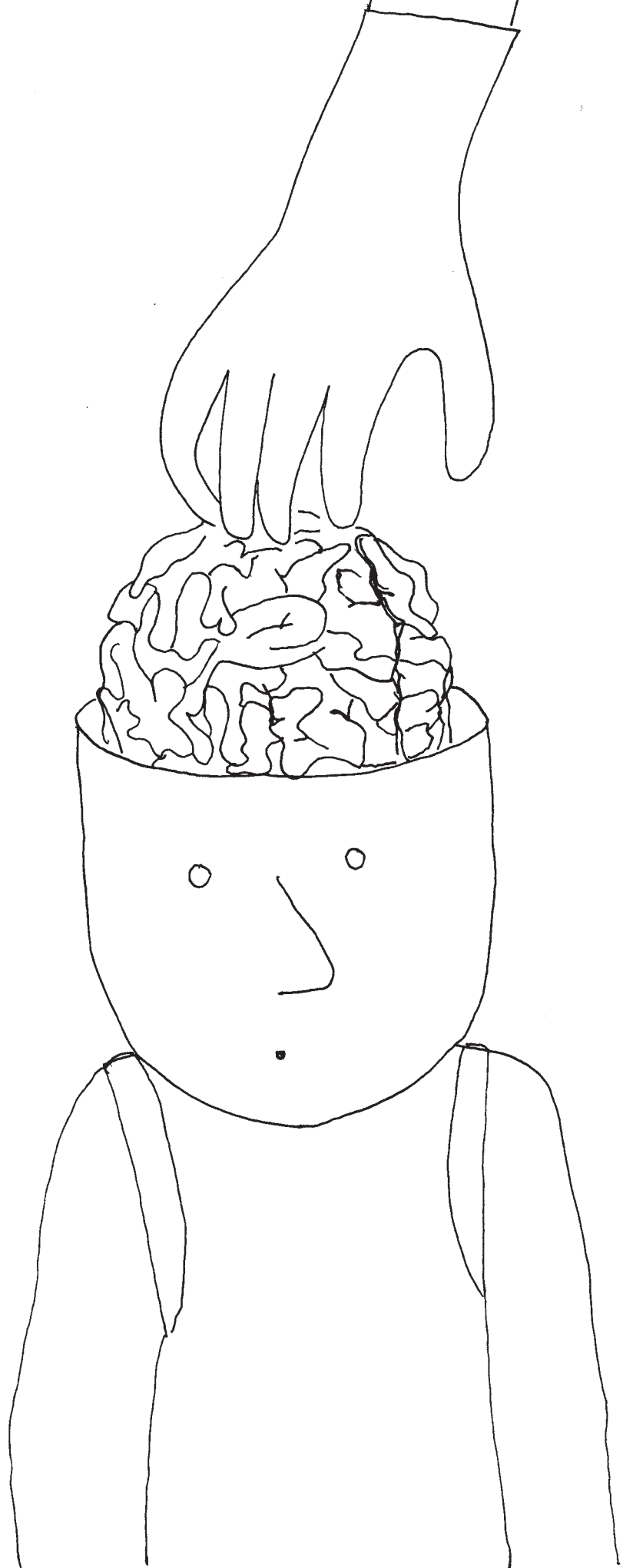
Langfristig werden den Jugendlichen damit berufliche Biographien aufgezwungen, die weder ihren persönlichen Interessen noch ihren Begabungen entsprechen und zukünftige Aufstiegsmöglichkeiten be- oder verhindern.

Diese Politik entspricht weder menschenrechtlichen Standards noch ist dahinter ein wirtschaftlicher Sinn zu erkennen. Junge Geflüchtete werden in einen Niedrigqualifikations- und Niedriglohnsektor gedrängt, während auf berufsfachlichen Arbeitsmärkten aus demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen Arbeitskräftemangel herrscht. So kann die herrschende Asylpolitik nur noch aus der politischen Logik der Abschreckung erklärt werden und der Bereitschaft fremdenfeindliche Stimmungen in Teilen der Wählerschaft zu bedienen.<

Hedwig Fuß  
*leitet das Projekt*  
FlüB&S –  
Flüchtlinge in Beruf  
und Schule *an der*  
*Münchner Volks-*  
*hochschule*

Christoph Köhler  
*arbeitet als Soziologe*  
*mit Schwerpunkt*  
*Arbeitsmarkt-*  
*forschung*





# Muskeln statt Köpfe

Der Zugang zu Bildung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland

Der *Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. (BumF)* setzt sich seit 1998 für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Heranwachsende ein. Vereinsziel ist, dass junge Geflüchtete ohne Angst, Ausgrenzung und Diskriminierung aufwachsen können und die gleichen Rechte wie alle anderen jungen Menschen erhalten. Ein Gespräch mit Tobias Klaus über das geplante Zuwanderungsgesetz und die Bildungschancen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Von Agnes Andrae



Das im Koalitionsvertrag beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll zeitnah verabschiedet werden. Nun sind erste Ergebnisse der Einigung zwischen Union und SPD öffentlich geworden. Was wird sich künftig ändern?

Der Entwurf ist ein angstgetriebener Kompromiss, bei dem sich in weiten Teilen die Hardliner aus dem Innenministerium durchgesetzt haben. Für den Asylbereich sind die geplanten Änderungen bei der Ausbildungsduldung und die Einführung einer neuen Beschäftigungsduldung relevant. Geplant ist, dass geduldete Schutzsuchende,

die seit mindestens eineinhalb Jahren mit mindestens 35 Wochenstunden sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und ihren Lebensunterhalt vollständig sichern können, eine sogenannte „Beschäftigungsduldung“ erhalten. Die Hürden sind also sehr hoch. Alleinerziehende oder andere Personen, die nur in Teilzeit arbeiten können, werden von dieser Regelung komplett ausgeschlossen. Schüler\*innen und Studierende bleiben komplett außen vor. Es würden aber auch gutverdienende Fachkräfte, die Teilzeit arbeiten und dennoch ihren Lebensunterhalt vollständig

sichern, ausgeschlossen. Ebenso vollzeitarbeitende Geringverdienende in Städten mit sehr hohen Lebenshaltungskosten. Regelungen, die ansonsten üblich sind, welche Ausnahmen bei der Lebensunterhaltssicherung für Alleinerziehende, Schüler\*innen, Studierende, alte und kranke Menschen ermöglichen, sucht man vergebens.

Welche Folgen wird das geplante Gesetz für junge Geflüchtete haben?

Wir befürchten ein Förderprogramm für Schul- und Studienabbrüche. Wenn Perspektiven für

eine Aufenthaltssicherung nur über Arbeit und Ausbildung bestehen, werden zahlreiche junge Menschen die Schulen verlassen und arbeiten, statt ihren Bildungsweg fortzusetzen. Notwendig ist eine Regelung von der Studierende, Schüler\*innen, Azubis und Arbeitnehmende gleichermaßen profitieren. Bereits jetzt verlassen viele Jugendliche zu früh die Schule, da sie ihren Aufenthalt nur über die Ausbildung sichern können. In der pädagogischen Arbeit wird dieses Problem unter „Ausbildungszwang“ diskutiert. Bleibt es bei dem Entwurf, droht nun ein ‚Beschäftigungszwang‘ hinzuzukommen. Ein solcher ‚Beschäftigungszwang‘ wäre nicht nur individuell fatal, sondern auch gesamtgesellschaftlich kontraproduktiv. Höhere Bildungsabschlüsse sind die beste Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit

Diese Neuregelung wird dazu führen, dass weniger Auszubildende als bisher eine Ausbildungsduldung erhalten. Junge Menschen aus Afghanistan, die im Iran aufgewachsen sind oder unbegleitete Minderjährige aus Somalia haben oft überhaupt keine Möglichkeit, an beglaubigte Papiere zu kommen. Dazu kommen die hohen Kosten. Es wird zum Beispiel als zumutbar betrachtet, eine Anwält\*in im Herkunftsland einzuschalten, die oder der sich um die Papiere kümmert. Das kann sich kein Jugendlicher leisten.

Ein Ziel der Neuregelung war es, für eine einheitliche Anwendung der Ausbildungsduldung zu sorgen. In Bayern ist es ja deutlich schwieriger als in anderen Bundesländern. Hat sich hier etwas getan?

beispielsweise sein, wenn die Ausländerbehörde zu dem Schluss kommt, dass der Jugendliche die Ausbildung nicht schaffen kann. Was eine Ausländerbehörde dazu befähigt, Bildungsprognosen zu erstellen, ist mir schleierhaft. Das Ziel, Rechtssicherheit für Betriebe und Auszubildende zu schaffen und für eine einheitliche Anwendung zu sorgen, wird durch solche Formulierungen torpediert. Es gibt jedoch auch positive Aspekte.

Die da wären?

Bisher ist ein Problem, dass Betriebe lange Zeit nicht wissen, ob eine geflüchtete Bewerber\*in auch tatsächlich die Ausbildung beginnen darf. Hier gibt es eine Verbesserung, da in Zukunft bereits sechs Monate vor Ausbildungsbeginn eine sogenannte Ermessensduldung erteilt werden kann, wenn ein Ausbildungsvertrag vorliegt. Damit kann deutlich besser geplant werden und wir erhoffen uns, dass damit die Bereitschaft steigt, junge Menschen in die Ausbildung zu nehmen. Außerdem soll die Ausbildungsduldung auch bei einjährigen Helfer\*innenausbildungen, wie zur Altenpflegehelfer\*in erteilt werden. Bisher geht dies nur bei mindestens zweijährigen Berufsausbildungen.

2017 hat der *BumF* unter Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe eine anonyme Online-Umfrage zur Situation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter in Deutschland durchgeführt. Dabei wurde u.a. der Spracherwerb und der Zugang zu Bildung abgefragt. Welche Ergebnisse zeigen sich in Bezug auf die Bildungssituation?

Als Kernergebnis kann festgehalten werden, dass sich die Bildungssituation mit zunehmendem Alter immer schwieriger gestaltet. Während bei den unter 16-Jährigen

## ***Was eine Ausländerbehörde dazu befähigt, Bildungsprognosen zu erstellen, ist mir schleierhaft***

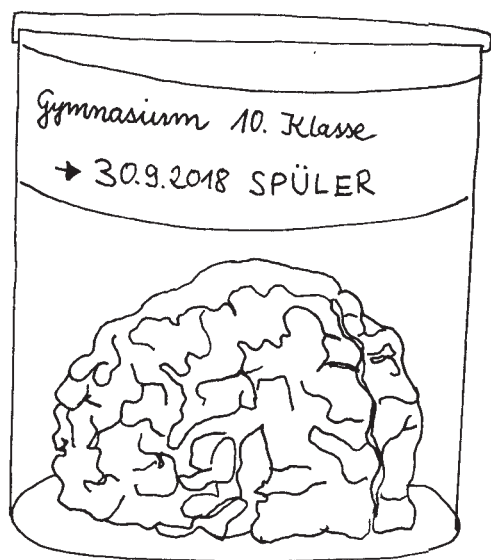
von sozialen Hilfesystemen. Das verstörende Signal wäre: Wir wollen eure Muskeln, aber nicht eure Köpfe. Was das mit Fachkräftegewinnung zu tun haben soll, bleibt ein Rätsel.

Welche Änderungen sind bei der Ausbildungsduldung geplant?

In Zukunft müssen ein Pass oder andere beglaubigte und übersetzte Identitätspapiere vorgelegt werden, um eine Ausbildungsduldung erhalten zu können. Bisher reichte es aus, dass alles Zumutbare zur Identitätsklärung getan wurde.

Ja – das Gegenteil ist herausgekommen: Zwar werden in einzelnen Bereichen den Ausländerbehörden klarere Vorgaben gemacht, an anderer Stelle kommen aber neue Ermessensspielräume hinzu. Ein Beispiel: Selbst wenn alle Anforderungen erfüllt sind, also ein Ausbildungsvertrag vorliegt, der Pass beschafft wurde und innerhalb enger Fristen alle Mitwirkungspflichten erfüllt worden sind, können die Ausländerbehörden immer noch in Ausnahmefällen die Ausbildungsduldung verweigern. Ein solcher Ausnahmefall soll





Tobias Klaus  
*ist als Referent beim  
BumF unter  
anderem für den  
Bereich Bildung  
zuständig*

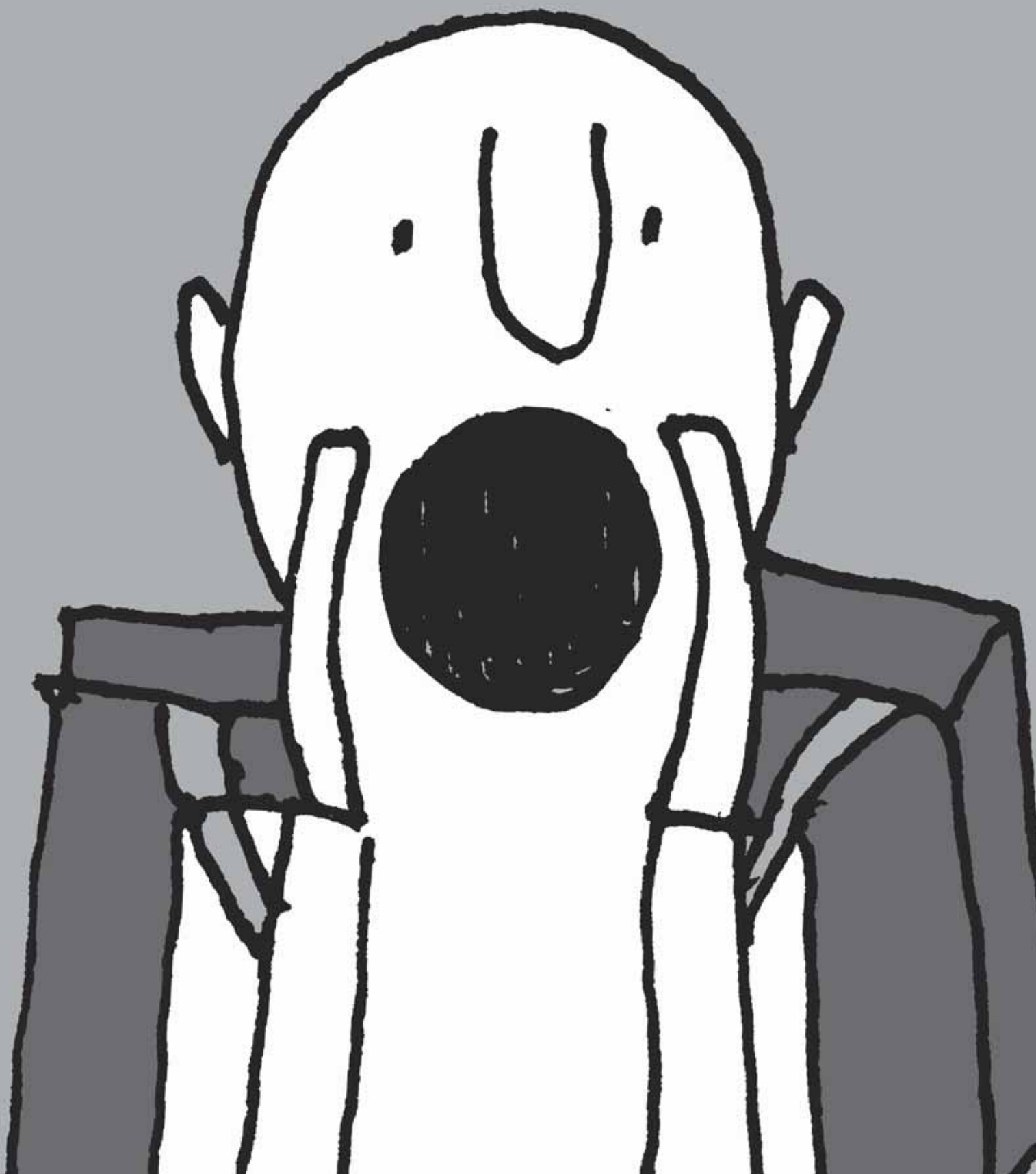
Der BumF-Rechts-  
hilfefonds unter-  
stützt junge  
Geflüchtete, ihre  
Rechte durchzuset-  
zen. Helfen Sie jetzt  
mit: [www.bumf.de/rechtshilfe-fonds/](http://www.bumf.de/rechtshilfe-fonds/)

zwei Drittel der Befragten in allen Bundesländern angeben, dass der Zugang zu Bildung bei ihnen vor Ort gut beziehungsweise sehr gut geregelt sei, geben dies bei den 16- und 17-Jährigen nur noch die Hälfte an. Bei den über 18-Jährigen ist es nicht mal mehr ein Drittel. Das sind erschreckende Zahlen. Es bestehen jedoch große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Für die 16- und 17-Jährigen wird die Situation besonders oft von den Teilnehmenden aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg als schlecht beziehungsweise sehr schlecht bewertet, besonders oft als gut beziehungsweise sehr gut von den Befragten aus Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Das macht deutlich, dass insbesondere finanzschwache Bundesländer durch Bundesmittel unterstützt werden müssten, um gute Bildungsperspektiven schaffen zu können.

Welche Forderungen und notwendigen Maßnahmen ergeben sich für euch daraus?

Das Hauptziel muss sein, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer persönlichen Potenziale gefördert werden und einen uneingeschränkten Zugang zu Bildung erhalten. Zentral ist hierbei insbesondere die Situation der jungen Volljährigen in den Blick zu nehmen, um diese zu Schulabschlüssen zu führen, statt sie frühzeitig in Ausbildung und Arbeit zu drängen. Und nach der Schule muss es weitergehen: Es darf zum Beispiel nicht sein, dass Ausländerbehörden jungen Menschen die Aufnahme einer Berufsausbildung aus irgendwelchen ordnungspolitischen Gründen verbieten können. Hier muss der Gesetzgeber endlich handeln. Aber auch auf lokaler

Ebene kann einiges getan werden. Zum Beispiel können die Ausländerbehörden angewiesen werden, ihre Spielräume zu Gunsten der jungen Menschen zu nutzen. Leider ist immer öfter das Gegenteil der Fall und wir müssen mit unserem Rechtshilfefonds gegen rechtswidrige Entscheidungen der Behörden vorgehen, da den jungen Menschen selbst das Geld fehlt, um ihr Recht auf Bildung einzuklagen. Dass Klageverfahren überhaupt notwendig sind, um Perspektiven und Bildungschancen für junge Menschen durchzusetzen, ist einfach nur beschämend und traurig.<





# Wer zuletzt lacht, lernt am besten

Wortschatz B1: Starke Verben, schwache Verben, Adjektive und Adverbien, Verben mit Präposition und Präpositionen ohne Verb, konjugieren, deklinieren ... Wer soll sich denn in diesem Durcheinander zurechtfinden? Über das Lachen, das Lernen, große Bahnhöfe, und wie aus einer Schüssel Wortsalat ein Wörterbuch wurde. Von Katja Doubek und Abas Ahmed Salih

1997 Abas Ahmed Salih ist zwei, seine Schwester knapp acht Jahre alt, als das eritreische Regime den Vater verschleppt, und die Mutter sich das Leben nimmt.

2015 Kurz vor seinem 20. Geburtstag kommt Abas über Äthiopien, den Sudan, Libyen und Italien nach Deutschland. Neben Tigrinya, seiner eritreischen Muttersprache, beherrscht Abas Amharisch, ein wenig Englisch, aber kein Wort Deutsch. Das soll sich ändern. Abas will lernen. Aber wie – und wo? In der bayerischen Erstunterbringung fliegen Millionen Wörter durch die Luft – doch Deutsch spricht hier kaum jemand. „Freili“ schnappt er auf – und hat keine Ahnung, was es bedeutet. „Musst di hoit infoamian“, rät ihm ein Helfer – Abas ist ratlos.

2016 Seit einiger Zeit bereite ich ehrenamtlich Geflüchtete auf die Anhörungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor. Wenn gewünscht, begleite ich sie zu den Terminen. So lerne ich Abas kennen.

Einige Monate später Abas hat Ziele: das B1 Zertifikat, den Schulabschluss und eine Ausbildung. Seine

bisherige ‚Schulkarriere‘ weist allerdings erhebliche Lücken auf. Statt lernen zu dürfen, muss er sich ab seinem fünften Lebensjahr um den Haushalt einer vierköpfigen fremden Familie kümmern. Er putzt, wäscht und kocht. Sein Lohn besteht aus einer Handvoll Essensresten und einem Schlafplatz auf dem Küchenboden. Nur sehr sporadisch darf er die Hütte verlassen. Der Fußweg zur

offenen Schule ist lang: „Wir gehen jeden Weg eine Stunde. Kinder klein und größer sitzen zusammen“. Abas gehört zu den Kleineren. Er erinnert sich: „Oft verstehe ich nicht, was Lehrer sagen. Teacher Aynalem steht vorne. Spricht schnell, schimpft, ist nicht gut zu mir.“

Eine Mitarbeiterin der Stiftung *Don Bosco Mondo* sagt: „In diesen Schulen für arme Kinder arbeiten schlechte Lehrer, die noch schlechter bezahlt werden. Ob die Kinder regelmäßig kommen, interessiert niemanden – die Lehrer erscheinen selbst nur unregelmäßig. Das ist mit Deutschland nicht zu vergleichen.“ Die Dame weiß, wovon sie spricht – die Stiftung *Don Bosco Mondo* kümmert sich weltweit darum, notleidende Jugendliche zu fördern.

**„Musst di hoit infoamian“  
rät ein Helfer**

2016 Inzwischen hat Abas einen privat organisierten Deutschkurs absolviert, spielt in einem Fußballverein, singt in einer Band und besucht eine deutsche Schule. Geschichte, Mathe, Wirtschaft – Unterricht in Deutsch. Die Sprache ist noch immer fremd und kompliziert. Schlimmer noch: die Lehr- und Lerninhalte haben häufig nichts mit seiner Welt zu tun. Das dazugehörige Vokabular auch nicht. In seinem Alltag kann er es nicht gebrauchen und kaum anwenden.

Abas benötigt Unterstützung. Wir treffen ein Abkommen. Er notiert im Laufe der Woche das, was er im Unterricht nicht versteht. Am Wochenende skypen wir. Ich erkläre Vokabeln, Sachverhalte und Formeln. Das Lehrbuch – ich staune. Die Themen könnten nicht weiter entfernt sein von der Realität Geflüchteter.

Die Aufgabe: Texte zusammenfassen. Es geht um eine Frau, die gemeinsam mit ihrem Mann eine Wohnung gekauft hat und nun den Kredit alleine abbezahlen muss. In einem zweiten Text wird das Problem einer Bürgerinitiative zur Verhinderung eines Parkplatzes behandelt. Abas liest – dreimal. Dann schüttelt er den Kopf und sagt: „Katja, was ist das? Sie kann froh sein, dass sie überhaupt eine Wohnung hat. Und warum soll kein Parkplatz sein? Wo soll das Auto stehen, wenn kein Parkplatz ist? Ich verstehe nicht. Es ist wie eine Schüssel Salat mit Wörtern. Alles ein großer Bahnhof!“ Wir lösen das Große-Bahnhofs-Rätsel, sprechen über lesen, lernen, wissen und landen bei Friedrich dem Großen und der Schulpflicht. Abas ist begeistert: „Was für ein Glück du hast, in einem Land, wo Kinder in die Schule gehen müssen!“

## Geschichten

2017 Mit den Lehrbuchtexten kommen wir nicht weiter. Abas müht sich redlich, er liest gerne und gut. Er will alles richtig machen, aber die Themen langweilen ihn in den Schlaf: „Es macht so müde das zu lesen. Können wir besser was anderes lesen?“ Neue Inhalte müssen her. Ich frage: „Was interessiert dich? Was möchtest du wissen? Worüber möchtest du sprechen?“, „Geschichten, ich mag Geschichten.“ Er sagt „Geschichten“. Ich verstehe Geschichten – und begehe einen Fehler. Ich frage nicht nach. Stattdessen präsentiere ich ihm die Märchen der Gebrüder Grimm in leichter Sprache. Abas wundert sich. Er meinte „Geschichte“, im Sinne von Historie. Höflich, wie er

ist, sagt er es nicht. Später erfahre ich warum: „Du hast so viel Arbeit mit mir – ich kann nicht sagen, gefällt mir nicht.“ Respekt Älteren gegenüber wird in Eritrea sehr groß geschrieben. Was als Missverständnis beginnt, entpuppt sich als Volltreffer. Hoch konzentriert verfolgt er das Schicksal der Sieben Geißlein und freut sich, dass die kleinen Tiere unbeschadet aus dem

Bauch des Wolfes befreit werden. Schneewittchen – was für ein Glück, dass das Gift des Apfels sie nicht tötet. „Gott sei Dank“, sagt Abas. Rumpelstilzchen hingegen „Gefällt mir nicht so gut. Wie kann ein kleiner Mann sich selbst kaputt reißen? Es macht große Schmerzen!“ Hänsel und Gretel: „Das dürfen Eltern nicht tun.“ Abas schüttelt sich. Aber unser System greift. Erst erzähle ich die

Märchen, dann schreibe ich sie einfach und in kurzer Version auf – Abas liest und erzählt nach. „Märchen sind sehr gut für mich. Kurze Sätze. Kann ich gut verstehen. Und Ende ist immer gut.“ Ich ahne, welche Bedeutung das gute Ende von Geschichten für Menschen mit unguten Erfahrungen hat. Nur das Ende von Frau Holle findet seine Gnade nicht: ein Leben lang mit Pech beschmiert verbringen zu müssen – „es ist eine viel zu harte Strafe“.

Wenn es einen Film gibt, organisiert eine Freundin aus dem Helfer\*innenkreis die Vorführung. Grimm, Hauf, Andersen, Tausendundeine Nacht, ich picke die Rosinen aus meinem Repertoire und wage parallel den Schritt auf eine neue Stufe der Sprach-Leiter, Wilhelm Busch: „Also lautet ein Beschluss, dass der Mensch was lernen muss“.

Abas mag die Streiche von Max und Moritz überhaupt nicht. „Sie sind böse. Es ist nicht lustig.“ Die Form des Gereimten hingegen gefällt ihm sehr. „Es ist wie Musik.“ Abas´ Wortschatz wächst. Ich überlege – kann er die Märchen-Worte überhaupt gebrauchen? Die Hecke aus Dornröschen, Spindel, Ohrfeige, gute oder böse Fee – ist da irgendetwas B1? Vermutlich nicht.

Gedicht ist perfekt und lustig macht den Kopf auf

Zu diesem Zeitpunkt keimt der Gedanke, ein Wörterbuch zu schreiben *Deutsch B1 – Tigrinya*. Seit einiger Zeit erstelle ich mit einem professionellen Team eine Reihe berufsspezifischer, visueller Fachwörterbücher. Diese Bücher sollen Auszubildenden mit Sprach-







schwierigkeiten das Verstehen der Lehrbücher erleichtern. Eine meiner Kolleginnen hat für unsere Arbeit alle verfügbaren Quellen ausgewertet und die B1-relevanten Wörter alphabetisch zusammengefasst. Mit ihrer Erlaubnis nutzen wir das Ergebnis ihrer Mühen als Grundlage für unser Projekt.

„Keiner von meinen Freunden kann diese Wörter. Wo sind sie geschrieben? Warum gibt es das nicht in unserer Schule?“, wundert sich Abas. Über 10.000 Geflüchtete aus Eritrea sind in Deutschland. Sie versuchen sich zurechtzufinden und Deutsch zu lernen. Ein Wörterbuch! Abas findet die Idee großartig: „Es macht das Lernen für die Leute aus Eritrea leichter“, und stellt erfreut fest: „Und ich lerne auch die Worte von B1 für die Prüfung.“

„Es ist das Wichtigste, die Sprache zu können in einem neuen Land“, weiß er. Er hat eine Arbeitsgenehmigung für 15 Stunden ergattert. In einem Restaurant darf er sie als Küchenhilfe ableisten.

Abas kocht sehr gerne – am liebsten eritreisch. „Taita“ mit „Doro“ und „Berbere“, Fladen mit Huhn und einem feuerscharfen Gewürz. Abas will nichts geschenkt. Er ist fleißig, lebt von dem, was er verdient. „Ich arbeite gerne in der Küche. Ich lerne viel.“ Der Wirt erkennt sein Talent und honoriert seinen Einsatz – er bietet ihm eine Lehrstelle an. Voraussetzung ist, dass Abas Deutsch kann.

**Der polit  
Bayerns  
bläst Aba  
ins C**

Im Juni 2017 beginnen wir mit dem Wörterbuch. Ich sitze an meinem Schreibtisch in München – Abas 70 Kilometer entfernt in seiner Unterkunft. Eine Freundin aus dem Helfer\*innenkreis hat einen gebrauchten Computer organisiert. Wenn Abas einen deutschen Begriff nicht kennt oder versteht, erkläre ich das Wort. Wenn er es verstanden hat, sagt er mir, welche der verfügbaren tigrinischen Vokabeln die richtige ist. Auf „seinen“ Computer hat er ein tigrinisches Keyboard heruntergeladen. Damit gibt er die Übersetzungen ein. Die ersten 14 Begriffe von „ab“ bis „abgeben“ – keine Probleme – es läuft wie am Schnürchen. Doch bei der 15. Vokabel wird uns schlagartig klar, auf was wir uns eingelassen haben.

„Abhängen“ – ein Verb. Im Deutschen hat es vier Bedeutungen, auf Tigrinya genau doppelt so viele.

ተመርኩስ temerkWase/ተኣመነ ኣመነ te'amene  
'amene/ተጸግፀtexeg'ë/ኣውዘንዘን 'awzenzene

ቀንፈዘው በላባቸውን ባሉ/ተካማላቸው  
te'amamene/በዘነባቸው/ከላላ በላ kWalel bele

Ich erkläre, Abas sortiert. Ich versuche, die tigrinischen Buchstabenfolgen laut zu lesen. Abas lacht: „Sagst du nochmal dieses Wort, bitte.“ Ich wiederhole, verhaspele mich, mache Fehler. „Nicht vorne die Zunge bei diesem Buchstaben – hinten, du musst hinten sprechen.“ Egal, ob ich hinten oder vorne spreche – Tigrinya ist schwer und mein Lehrmeister nur mäßig zufrieden mit mir. Aber er amüsiert sich und lernt die Vokabeln. Wir behalten das Verfahren bei. Ich stolpere durch die geheimnisvollen Kombinationen des tigrinischen Alphabets – Abas lernt lachend den Wortschatz B1. „Lustig macht den Kopf auf“, stellt er fest. Empirisch hat er soeben einen Leitsatz der Pädagogik des ganzheitlichen Lernens erfahren:

„Lachen und Lernen bilden ein Traumpaar.“ (Dr. Charmaine Liebertz, Erziehungswissenschaftlerin)

*2018* Im Januar wird es ernst. Beinahe zeitgleich stehen die Prüfung für das B1 Zertifikat und der Schulabschluss an. Es gilt, die Leistungen in Wirtschaft und Mathematik zu verbessern. Wir suchen nach den Lücken. „Was hast du während des Unterrichts gemacht?“ frage ich Abas.

„Deinen Schönheitsschlaf gehalten?“ Abas grinst. Lustig macht den Kopf auf! Diesmal benötigen wir sehr viel „lustig“, um die zehn verschiedenen Verträge und die Bezeichnungen für Vertragspartner und Vertragsgegenstände voneinander zu unterscheiden. Werkvertrag, Schenkungsvertrag, Dienstvertrag, Pachtvertrag, Gesellschaftsvertrag, Leihvertrag, Käufer, Schenker, Beschenkter – der Bahnhof des Nicht-Verstehens ist riesig.

Lustig wird es, als ich mich erneut in die Rolle der Schülerin begeben. Mein Lehrer Abas arbeitet hart. Er muss die Definitionen der Begriffe lesen und verstehen, sonst kann er meine Antworten nicht überprüfen. Mir Noten zu geben, ist so vergnüglich, dass er sich mit Verve in die Lektüre stürzt. Drei Abfragen, dann bin ich erlöst. Abas verkündet: „Hast du alles gut verstanden. Ich kann dir eine Note eins geben“. Seine Prüfung findet am nächsten Tag statt – er besteht mit Note eins!

***Der politische Wind  
Bayerns ist kalt und  
bläst Abas von rechts  
ins Gesicht***

Derweil liegt unser Wörterbuch auf Eis, tiefst gefroren. Abas ist zusätzlich gefordert, Flächen und geometrische Körper zu berechnen und einander zuzuordnen. Fläche und Körper, was gehört da zusammen? Und warum? Es hapert gewaltig. „Das ist Mathe, warum heißen Striche wie Buchstaben? Mathe ist mit Zahlen! A, b, c, was soll das hier sein?“

Ich gerate in Erklärungsnot und versuche es mit einer gereimten Eselsbrücke:

*Glücklich ist die Frau Quadrat,  
weil sie den Herrn Würfel hat.  
Frau Rechteck freut sich fast noch mehr,  
sie mag den Quader, wirklich sehr.*

*Die Seiten vom Quadrat heißen alle nur a,  
beim Würfel auch - aber das ist ja klar.  
Die Seiten vom Rechteck sind a und b,  
der liebe Herr Quader braucht auch noch das c.*

*Auch das Dreieck hat Seiten: a, b und c  
und h - die Höhe, sonst kann es nicht stehen.  
oder Hand in Hand mit dem Prisma gehen.*

„Gedicht ist perfekt“, freut sich Abas und besteht die Prüfungen.

Der politische Wind Bayerns ist kalt und bläst dem jungen Mann aus Eritrea von rechts ins Gesicht. Die Sachbearbeiterin des Landratsamtes entzieht Abas die Arbeitsgenehmigung und verweigert ihm die Erlaubnis, seine Lehrstelle anzutreten. Abas ist verzweifelt: „War alles, was ich gemacht habe, umsonst?“ Praktika, Schule, Prüfungen, für nichts und wieder nichts? Das kann nicht sein. Das darf nicht sein. Und tatsächlich – Abas bekommt eine zweite Lehrstelle angeboten. Voller Hoffnung stellt er einen Antrag auf Ausbildungsduhlung.

Wilhelm von Humboldt hat Recht

Er wartet auf die Genehmigung. Die Zeit zu nutzen, kehren wir zurück zum Wörterbuch. Abas übersetzt und lernt Vokabeln. Zwischendurch weiht er mich in die Geheimnisse der tigrinischen Umgangssprache ein. Durch die ehemaligen Kolonialherren ist eine Vielzahl von Worten aus dem Italienischen in die tigrinische Alltagssprache geflossen.

Ich lerne: Fahrrad – ብሽክለታ bshkleta vom italienischen Wort bicicletta, oder መኪና mekina von la macchina für Auto.

Und noch etwas lerne ich:

Es gibt eine ganze Reihe von Begriffen, die sich in Tigrinya nicht mit einem Wort wieder geben lassen. Einer dieser Begriffe ist Chemie:

ሳብስታንሳት[ምስ ባክታታቶም] ብኸመይ ከም ዝቈሙን ብኸመይ ከም ዝዋሃዱን ዘጽኑዕን ጨነፈር ስነ-ፍልጠት sabstansatms ba'etatom bkemey kem zäWemun bkemey kem zwahadun zexn'en čenfer sneflitet

Die Übersetzung erzählt von der Suche nach dem Neuen, ausprobieren, forschen und finden.

Am 2. Oktober 2018 erscheint das Wörterbuch Deutsch B1 – Tigrinya. Abas hat ein kleines Vorwort in seiner Muttersprache verfasst und übersetzt:

*„Liebe Leute aus Eritrea,*

*im Sommer 2015 bin ich in Deutschland  
angekommen – im Februar 2018 habe ich meinen  
Schulabschluss und die B1-Prüfung bestanden.*

*Ich habe oft gedacht, dass das Lernen leichter wäre,  
wenn ich ein Wörterbuch Deutsch-Tigrinya hätte. Ein  
Wörterbuch, in dem alle Worte stehen, die ich für die  
B1 Prüfung können muss.*

*Aber so ein Wörterbuch gab es nicht.*

*Jetzt gibt es das – denn ich habe alle Worte für Euch  
aufgeschrieben. Manche Wörter kann man nicht  
übersetzen, wir haben sie nicht in unserer Sprache,  
aber das sind nur ganz wenige. Die meisten Wörter  
werdet ihr hier finden.*

*Ich hoffe, das hilft Euch.*

*Vor vielen Jahren lebte ein kluger Mann in  
Deutschland, er hat die Universität in Berlin  
gegründet.*

*Er hieß Wilhelm von Humboldt. Er hat gesagt:  
„Sprache ist der Schlüssel zur Welt.“*

*Er hat Recht!*

*Euer Abas“*



2018 ISBN-10:  
1724184784

Dr. Katja Doubek  
*ist Autorin und  
Psychotherapeutin,  
und lebt in  
München und  
Terracina*

Abas Ahmed Salih  
*ist geboren in Keren,  
Eritrea und wartet  
seit zwei Jahren in  
Landsberg auf die  
Genehmigung, seine  
Ausbildung be-  
ginnen zu dürfen*

Ich besuche Abas und gratuliere ihm – so viel  
Disziplin, so viel Durchhaltevermögen – ich bin  
beeindruckt und freue mich mit ihm.

Das Wörterbuch ist gerade im Selbstverlag erschienen,  
als direkt im Anschluss an die Landtagswahlen in  
Bayern die zuständige Dame im Landratsamt auch den  
zweiten Antrag auf Ausbildungsduldung ablehnt. Abas  
ist am Boden zerstört: „Warum tut sie es? Warum darf  
ich nicht lernen? Sie nimmt die Zeit von meinem  
Leben!“ Im selben Monat wird vom selben Landratsamt  
ein Newsletter veröffentlicht und werbend auf das  
Wörterbuch hingewiesen. Die Bayerische Integrations-  
beauftragte, Mechthilde Wittmann, Mitglied des  
Landtags, lässt das Wörterbuch sogar über den  
Bayerischen Integrationsrat empfehlen. Abas hat nichts  
davon. Sein Status besagt, er darf kein Geld verdienen  
– auch nicht mit dem Wörterbuch, an dem er über ein  
Jahr gearbeitet hat.<

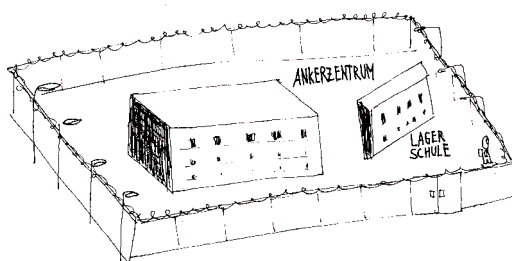






# Schulkinder zweiter Klasse

Gesetze sind da, um sie zu befolgen. Bei der Beschulung von Kindern, die in Anker-Zentren leben, bricht die Regierung in Oberbayern jedoch wissentlich bestehende Gesetze, verhindert so spielerische Integration und missachtet das Kindeswohl sträflich. Von Hubert Heinhold



**D**as bayerische Schulrecht ist gar nicht einmal so schlecht. Art. 35 des bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG vom 1.8.2018) bestimmt, dass der Schulpflicht unterliegt, wer in Bayern seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Dies gilt auch für Personen mit Aufenthaltsgestattung, für Bürgerkriegsflüchtlinge, Geduldete oder vollziehbar Ausreisepflichtige. Die Schulpflicht beginnt bei diesen Kindern drei Monate nach dem Zuzug aus dem Ausland. Hinsichtlich der Grund- und Mittelschule gilt sie durch den Besuch der Sprengelschule als erfüllt. Die Wahlfreiheit der Eltern ist begrenzt, unter anderem „im Interesse der ausgewogenen Zusammensetzung der Klassen“. So soll sich die soziale Vielfalt auch in den Schulen widerspiegeln und damit zur Demokratie erziehen.

Eine Einschränkung hat jedoch das sogenannte bayerische Integrationsgesetz gebracht, das in Wahrheit das Gegenteil ist: Nach Art. 6 und 30, Abs. 3 Satz 6 BayEUG werden „Schulpflichtige, die nach dem Asylgesetz verpflichtet sind, in einer besonderen

Aufnahmeeinrichtung im Sinn des § 30 a AsylG zu wohnen, zur Erfüllung der Schulpflicht besonderen dort eingerichteten Klassen und Unterrichtsgruppen zugewiesen.“ So schlecht das auch ist, so klar ist aber auch, dass es sich hierbei um eine Ausnahmeregelung handelt. Nicht alle Schüler\*innen müssen in die Lagerschule, sondern nur die, die mit ihren Eltern dem besonderen, beschleunigten Verfahren nach §§ 5 Abs.5, 30a AsylG unterliegen. Nicht nur der Wortlaut ist eindeutig, auch das Verwaltungsgericht München hat dies der zuständigen Regierung von Oberbayern in mehreren Beschlüssen vom 8. Januar 2018 bestätigt (zum Beispiel Az M 3 E 17. 4801) und sie in diesen Fällen verpflichtet, den Kläger\*innen die Teilnahme am regulären Schulunterricht in der zuständigen Sprengelschule zu ermöglichen. Das Bildungsangebot in der Lagerschule sei, so das Gericht, „für einen Personenkreis gedacht, [...] der erst kurz in Deutschland ist und dessen Aufenthalt hier auch möglichst kurz gestaltet werden soll“.

## Tricksen und täuschen

Das Kultusministerium ließ verlauten, dass man diese Entscheidungen akzeptiere und sich daran halten wolle; man habe die Regierung entsprechend angewiesen: „Aus Sicht des Staatsministeriums ist damit dem o.g. Beschluss vollumfänglich Rechnung getragen.“

Tatsächlich ist das nicht der Fall, wie eine Anfrage der bayerischen SPD im Landtag erbrachte. Am 3. September 2018 teilte das bayerische Kultusministerium mit

(Abschlussbericht SF-BS 9400.10-1/118), dass in Manching-Ingolstadt lediglich drei Kinder unter das besondere Verfahren fallen – gegenüber 178 Kindern im regulären Asylverfahren. In Bamberg wurden sieben Schüler\*innen im besonderen Verfahren gezählt und ebenfalls 178 Schulpflichtige im normalen Asylverfahren. In den anderen Einrichtungen gab es keine Kinder im beschleunigten Verfahren.

Obwohl also nur je 178 Kinder im regulären Asylverfahren sind, besuchen in Manching nur drei und in Bamberg nur sieben Kinder die Regelschule. Alle anderen werden auf die Lagerschulen verwiesen.

Wie das? Probt die Regierung von Oberbayern den Aufstand und verweigert dem Kultusministerium den Gehorsam? Oder wird hier, mit oder ohne Wissen des Ministeriums, getrickst?

Letzteres ist der Fall. Denn die Schulen wurden einfach umetikettiert, sie sind jetzt Dependancen der Regelschulen, ohne dass sich an den Bedingungen Wesentliches geändert hätte. Die Kinder erhalten dort einen ‚Rumpfunterricht‘, der von den Schüler\*innen und Eltern kaum angenommen wird und im Großen und Ganzen den Stoff der Übergangsklassen lehrt. Für einen Teil der Kinder mag das angemessen sein, für viele aber auch nicht. Das hat zur Folge, dass sie sich langweilen und bald dem Unterricht fernbleiben. Das liegt auch daran, dass der Stoff immer wieder wiederholt und alle paar Monate das Gleiche gelehrt wird, was zwar für die neu angekommenen gut sein mag, nicht aber für die Kinder, die schon lange im Lager leben. Und interessant ist ein solcher Unterricht schon gar nicht. Die demotivierende Situation in den Camps trägt das Ihre dazu bei, dass die Schulpflicht nur auf dem Papier steht und manche Kinder, wenn sie denn zurückkehren müssen, ein oder mehrere Jahre die Schule versäumt haben.

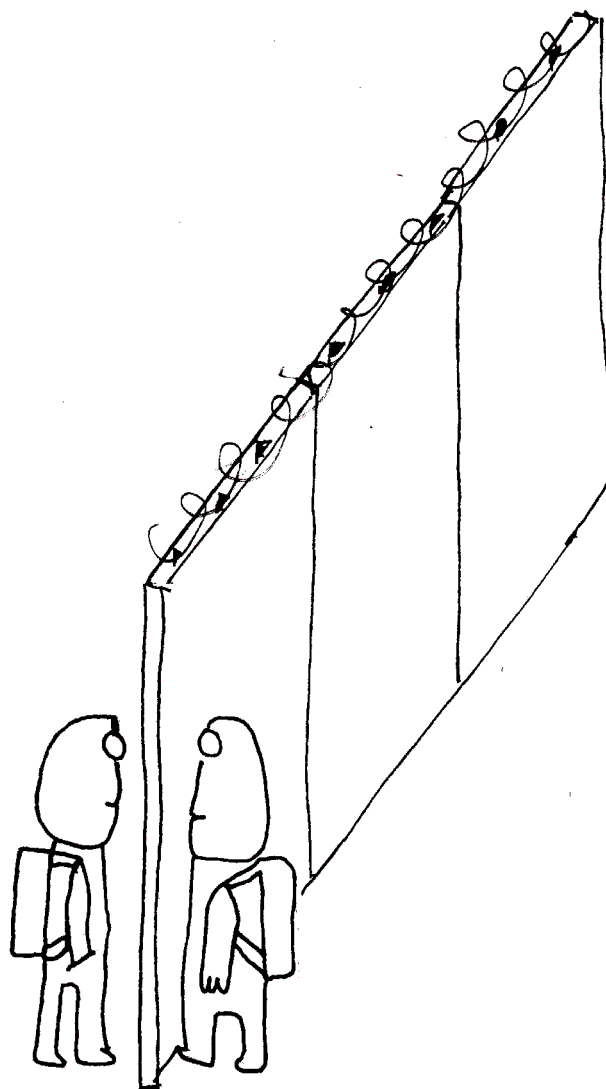
### Ghettoschulen

Aber nicht nur die Bildung der Kinder bleibt auf der Strecke, sondern vor allem das, was Schule auch leisten muss: Vermittlung von Alltagswissen, Horizont-erweiterung über den manchmal beengten Kreis des Elternhauses hinaus und Integration. In den Lagerschulen wachsen Kinder auf, die nie einen alltäglichen Kontakt zu deutschen Kindern aufbauen konnten und deshalb aus eigener Erfahrung die Welt ihrer Altersgenossen nicht erleben. Die deutschen Kinder bleiben ihnen fremd und sie sollen den deutschen Kindern fremd bleiben. Die spielerische Integration, die Kindern gelingt, wird so verhindert und Hürden

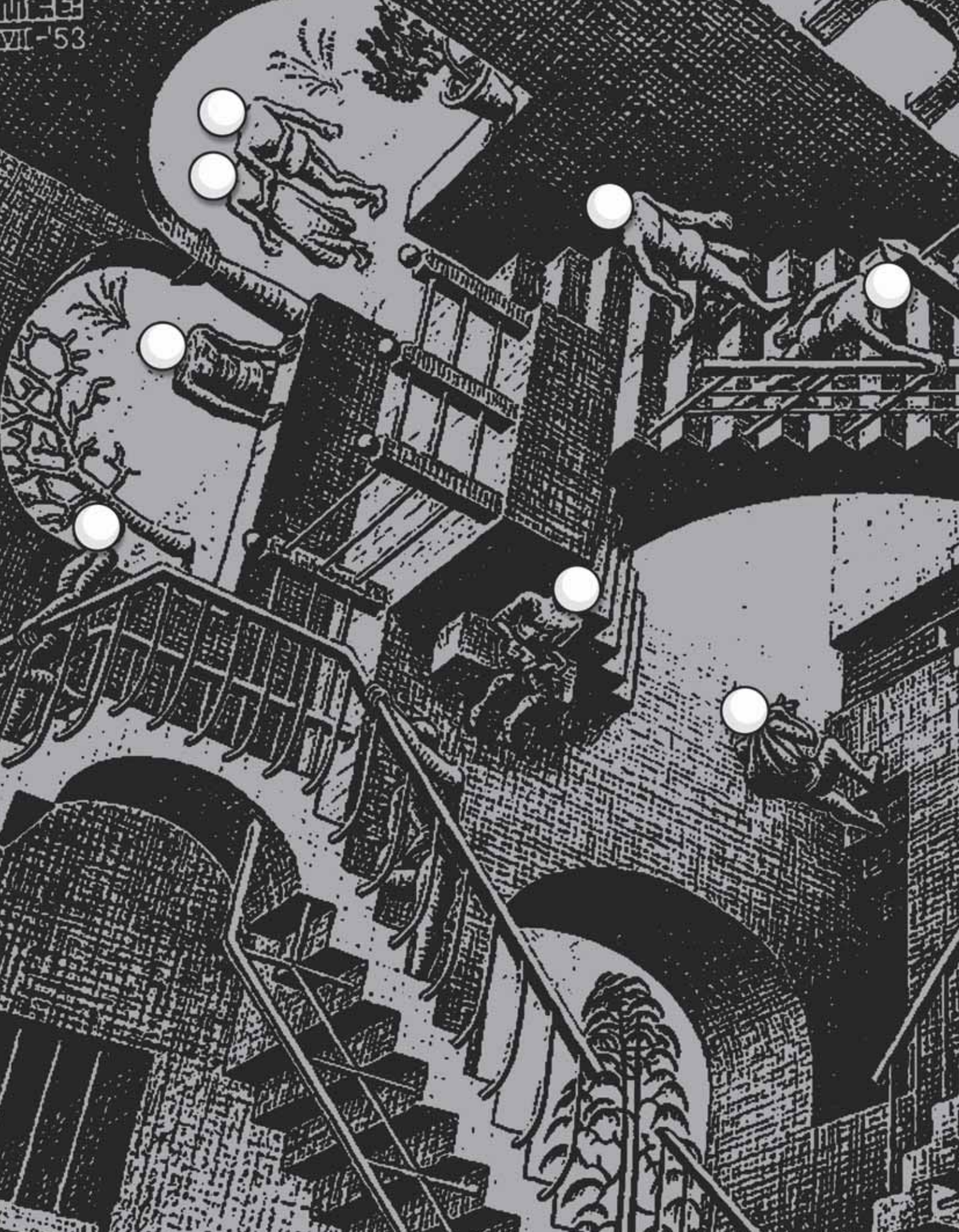
für eine spätere Eingliederung errichtet – und das von beiden Seiten. Denn auch die deutschen Kinder bleiben als Folge ‚unter sich‘.

Dass so das Kindeswohl missachtet wird, ist eine Sache. Dass das Gesetz gebrochen wird, eine andere, nicht minder schlimme. Denn so lehrt man die Kinder, dass Gesetze nicht so wichtig sind und man sie bei der Verfolgung seiner Ziele nicht unbedingt beachten muss. Inhalt des offiziellen Lehrstoffs ist das Gegenteil.<

Hubert Heinhold  
ist Rechtsanwalt  
und im Vorstand  
von Pro Asyl







# Nicht hier, um zu lernen

Migration und Flucht nach Deutschland finden nicht in einem Vakuum statt. Während große Teile der deutschen Gesellschaft und Politik Migrant\*innen und Geflüchtete als unliebsame Phänomene sehen, die hier auftauchen, Probleme verursachen, und hoffentlich zeitnah wieder verschwinden, handelt es sich, bei klarem Verstand betrachtet, um Menschen, deren Flucht nach Deutschland konkrete Gründe hat. Sie sollte ein Teil ihres Lebens sein, es jedoch nicht völlig bestimmen. Das Gegenteil passiert: Grundsätzlich stört und unterbricht die Flucht radikal die Biografie der Geflüchteten. Von Tom Reiss

**V**on starken Brüchen in ihrer Bildungsbiografie sind insbesondere junge Geflüchtete betroffen. Nicht nur bedeutet die Flucht, dass begonnene Bildungswege bis auf Weiteres nicht fortgeführt werden können. Hinzu kommt, dass nach Ankunft in einem anderen Land und einem anderen System diese Bildungswege unter Umständen überhaupt nicht anschlussfähig sind. Und umso schwieriger gestaltet sich die Inklusion junger Geflüchteter in deutsche Bildungsstrukturen. Es gilt nicht nur, erworbene Kenntnisse und vorhandene Lebensentwürfe mit neuen Strukturen zu vereinen und zu festigen, sondern auch, hierbei keine Zeit zu verlieren – denn Wissen, Motivation und Möglichkeiten verschwinden rapide, wenn man sie nicht pflegt und nutzt.

## Erste Hürde: die deutsche Sprache

So wäre ein erfolgreiches Studium in Deutschland für Geflüchtete, ähnlich wie eine erfolgreiche Ausbildung oder ein erfolgreicher Schulabschluss, ein unbestreit-

bares Zeugnis erfolgreicher Inklusion und eines funktionierenden Bildungssystems, ein nicht zu widerlegender Beweis des unumstößlichen „Wir schaffen das“. Stattdessen werden – ähnlich wie Ausbildungen und Schulabschlüsse – sowohl der Zugang zu Hochschulen als auch das Studium selbst Geflüchteten systematisch erschwert, oft unmöglich gemacht. Dies gilt für alle Geflüchteten und Migrant\*innen, wie auch für viele Deutsche mit Migrationshintergrund oder geringer wirtschaftlicher Basis. Besonders benachteiligt und systematisch ausgeschlossen sind jedoch Geflüchtete, deren Asylstatus noch unentschieden ist (die sich also, oft für viele Jahre, in Aufenthaltsgestattung befinden), deren Abschiebung aus gesundheitlichen oder humanitären Gründen untersagt ist (die sich also in Duldung befinden), und generell Geflüchtete, deren Herkunftsländern deutsche Behörden nicht automatisch eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit beimessen. Hiervon sind insbesondere Menschen aus Afghanistan, Pakistan, Nigeria sowie anderen west- und zentralafrikanischen Ländern betroffen.



Tom Reiss  
ist Hinterland-Re-  
dakteur und  
promovierter  
Literaturwissen-  
schaftler. Er arbeitet  
als Bildungsberater  
für Geflüchtete

Der Ausschluss aus dem deutschen Hochschulwesen beginnt bereits bei den Deutschkenntnissen, die für ein Studium normalerweise auf dem Niveau GER C1 liegen müssen (hier handelt es sich um Regelungen der Hochschulen selbst). Geflüchtete Studieninteressent\*innen – insbesondere solche, die in anderen Ländern bereits ein Studium begonnen haben – sprechen in den meisten Fällen bereits mehrere Sprachen auf hohem Niveau: So etwa die aus Afghanistan geflohene junge Frau R., die bis zu ihrer Flucht BWL studiert hatte und bei Ankunft in Deutschland fließend Persisch, Arabisch, Englisch, Russisch und Französisch sprach. Mit professioneller Beschulung ist in diesen Fällen von einer extrem schnellen Lerngeschwindigkeit auszugehen. In Fällen, in denen der Asylstatus noch nicht entschieden ist – bei Frau R. dauerte dieser Prozess drei Jahre – haben Personen allerdings keinen Zugang in BAMF-finanzierte Integrationskurse, und selbst dort, wo kommunal geförderte oder ehrenamtliche Kurse zur Verfügung stehen, geht es oft verhältnismäßig zäh voran.

Frau R. nutzte jede Gelegenheit zum deutschen Spracherwerb und erreichte schließlich das Niveau C1. Ein teurer und langwieriger Prozess, den sie unter anderem überbrückte, indem sie als Dolmetscherin für dasselbe Landratsamt arbeitete, das ihr den Zugang in Integrationskurse verweigerte.

Zusätzlich wird allerdings der Hochschulzugang durch das sehr rigide deutsche, insbesondere bayerische, Anerkennungsverfahren erschwert, das nicht-deutsche (tatsächlich nicht-bayerische) Schul- und Hochschulzeugnisse prinzipiell als ungültig erklärt. Die zuständigen Stellen – die Zeugnisanerkennungsstellen (ZAST) der Bundesländer – kooperieren mit Antragstellenden oft nur schwerfällig und widerwillig, und befinden sich häufig an Orten, die Geflüchtete nur schwer erreichen. Im Falle des Freistaats Bayern handelt es sich beispielsweise um das pittoreske Gunzenhausen. Wenn es Geflüchteten gelingt, mit der ZAST Kontakt aufzunehmen, werden sie kategorisch abgewiesen, da eine Anerkennung nur vorgenommen wird, wenn eine schriftliche Bedarfsmeldung eines auszubildenden Betriebes vorliegt.

## Zweite Hürde: Zeugnisse anerkennen lassen

Klappt diese Hürde, so erkennt die Behörde üblicherweise die Hochschulreife nicht an. Abiturzeugnisse, beziehungsweise ähnliche Abschlüsse, etwa aus Afghanistan oder Nigeria werden, wenn überhaupt, nur als vergleichbar mit dem Mittleren Schulabschluss anerkannt. Selbst dann, wenn diese Personen mit ihren Zeugnissen bereits den Zugang zu international anerkannten Universitäten erlangt haben. Das gilt aber nur, wenn sie ihre Zeugnisse im Original und in beglaubigten Übersetzungen vorlegen können, was wiederum erhebliche Kosten verursacht.

Die ZAST wies Frau R. mehrmals ab. Schließlich erkannte die Stelle ihr Abiturzeugnis als Mittleren Schulabschluss an, obwohl sie Zeugnisse ihrer international anerkannten Universität vorwies.

Studieninteressent\*innen mit Fluchthintergrund sehen sich gezwungen, in oft jahrelanger Arbeit Fähigkeiten und Leistungen nachzuweisen, die sie schon längst unter Beweis gestellt haben. All das findet in einer Situation statt, in der finanzielle Not, menschenunwürdige Lebensumstände und die generellen Schwierigkeiten des Lebens in einem neuen Land ihnen diese überflüssige Mühe

erst recht erschweren. Viele der Betroffenen – von denen ein großer Teil bereits Studienerfahrung hat und das entsprechende Studium lediglich abschließen möchte – halten diese Hindernissen endgültig davon ab, ihre Ausbildung erfolgreich zu beenden. Frustration, Depressionen und Perspektivlosigkeit sind die zwangsläufigen Konsequenzen, und in zu vielen Fällen endet diese potenzielle Bildungselite in sozial ungesicherten Arbeitsverhältnissen und Arbeitslosigkeit.

## Dritte Hürde: Geld zum Leben wird gestrichen

Durch enorme Willenskraft schaffen es dennoch mehr und mehr Geflüchtete in Gestattung und Duldung, die Hürden zum Hochschulzugang – Deutschkenntnisse, Zeugnisanerkennung, Studienkollegs – erfolgreich zu nehmen. Doch leider hören damit die Schwierigkeiten nicht auf: Bereits die Entfernung zu Hochschulen ist

## **Ihr Abitur erkannte man nur als Mittleren Schulabschluss an**













oft ein Problem. Da Asylbewerber\*innen und Geduldete üblicherweise keinen Einfluss auf ihren Wohnsitz haben, leben sie oft weit weg von der nächsten in Frage kommenden Universität. Regelmäßiges Pendeln ist, sofern man Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhält, nicht finanzierbar. Privates Wohnen an einem anderen Ort oder eine Verlegung des Wohnsitzes müssen die Behörden zudem gestatten, was oft der Willkür der entsprechenden Stellen unterliegt. Selbst wenn ein Umzug an den Studienort erlaubt wird, steht nicht fest, dass man den neuen Wohnsitz überhaupt bezahlen kann. Dass Studieninteressent\*innen eine Beschäftigungserlaubnis erhalten, um sich selbst zu finanzieren – davon ist nicht auszugehen.

Zudem gilt: Auch in solchen Fällen, in denen jemand keine Beschäftigungserlaubnis bekommt – sein Leben also nicht mehr finanzieren kann – wird geflüchteten Studierenden BAFöG prinzipiell verweigert. Asylbewerber\*innen sind zwar „dem Grunde nach“ dazu berechtigt, BAFöG zu beziehen, werden aber kategorisch mit dem Verweis auf die Möglichkeit des Bezugs von Leistungen nach AsylbLG abgewiesen. Gleichzeitig streichen die Behörden ihnen allerdings auch ab Immatrikulation sämtliche Leistungen nach AsylbLG – inklusive der Krankenversicherung, mit dem Hinweis darauf, dass sie „dem Grunde nach“ berechtigt seien, BAFöG zu beziehen. Mittlerweile als „BAFöG-Fälle“ bekannt, ist dieser Verlust jeder Form von existenzieller Grundsicherung wahrscheinlich für die meisten Geflüchteten, die studieren wollen, das größte und schwierigste zu überwindende Hindernis.

#### Netze fangen manchmal auf

Da von einer Beschäftigungserlaubnis – insbesondere im ländlichen Raum – nicht auszugehen ist, bedeutet die Aufnahme eines Studiums für Asylbewerber\*innen komplett mittellos dazustehen. Weder haben sie Anspruch auf finanzielle Grundsicherung, Obdach, Nahrung noch auf medizinische Versorgung. Sie selbst können das erst recht nicht gewährleisten. Selbst von Tafeln für Bedürftige werden sie normalerweise

abgewiesen, mit Verweis auf ihren Status als Asylbewerber\*innen. Um Obdachlosigkeit und Hunger zu entgehen, bleibt ihnen nur (jenseits von Kriminalität), dass Ehrenamtliche und Unterstützer\*innennetzwerke ihnen großzügig helfen und damit oft die kriminellen Versäumnisse der Behörden abfedern. Daneben gibt es noch eine kleine Zahl von Stipendien, die auch Asylbewerber\*innen zur Verfügung stehen, allerdings langwierige, komplexe und unsichere Bewerbungsprozesse erfordern.

Spätestens an diesem Punkt – der völligen Mittellosigkeit während des Studiums – müssen die meisten Betroffenen aufgeben. Aber selbst in den seltenen Fällen, in denen eine Kombination aus Hartnäckigkeit, Genügsamkeit, systematischer Unterstützung und Glück dazu führen, dass Geflüchtete ein geregeltes Studium aufnehmen und führen können, bedeutet dies auf rechtliche Sicherheit zu verzichten. Während betriebliche Ausbildungen (zumindest dem Gesetz nach) im Kontext der 3+2-Regelung vorübergehend aufenthaltsichernde Wirkung haben, trifft nichts dergleichen auf Hochschulausbildungen zu. Dementsprechend gilt für zahlreiche geflüchtete Studierende, dass die Furcht vor Ablehnung und Abschiebung ihr ohnehin schon prekäres Leben weiterhin destabilisiert.

Auf den systematischen Ausschluss Geflüchteter im Asylverfahren von Hochschulen und Universitäten angesprochen, reagieren die zuständigen Behörden – beispielsweise Leistungssachbearbeiter\*innen der Sozialämter, die Studierenden die Grundsicherung streichen – oft ausweichend, defensiv oder relativierend. Zu den am häufigsten geäußerten Erklärungen, wieso es akzeptabel sei, Menschen der Mittellosigkeit auszusetzen, weil sie es wagen, von ihrem Recht auf Teilhabe am Bildungssystem Gebrauch zu machen, gehören beispielsweise „niemand zwingt sie zum Studieren“, und „sie sind nicht zum Studieren in Deutschland“.

Jenseits des ekelhaften Zynismus dieser Aussagen – als sei es in Ordnung, jemanden vor die Wahl zu stellen, zu essen oder zu lernen – liegt viel Wahrheit in diesen Bemerkungen: Die deutschen Regierungen, Behörden,

## ***Geflüchteten Studierenden wird BAFöG prinzipiell verweigert***





Bildungseinrichtungen und große Teile der deutschen Gesellschaft wollen nicht, dass Geflüchtete studieren – ebensowenig, wie sie wollen, dass Geflüchtete arbeiten, lernen, Familien gründen, an der Gesellschaft teilhaben, menschenwürdig wohnen, ja, überhaupt in Deutschland sind. Jenseits von AfD und Pegida besteht nicht der Wille, einfach zu sagen, dass Geflüchtete verschwinden sollen – stattdessen wird die feige Methode gewählt, Geflüchtete systematisch aus allem auszuschließen, was gesellschaftlich wichtig ist und Menschen eine Zukunft bietet.

Frau R. wurde übrigens nach drei Jahren als Geflüchtete anerkannt, besitzt nun eine Aufenthaltserlaubnis und dürfte ohne Weiteres weiter studieren und BAFöG beziehen. Sie hat diesen Plan allerdings aufgegeben. Mittlerweile arbeitet sie für eine renommierte internationale Unternehmensberatung, der ihre Sprachkenntnisse und Erfahrungen mehr als genug Grund waren, sie zu beschäftigen und zu fördern. Frau R. ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Studium es nicht wert ist, sich jahrelang systematisch dafür demütigen und benachteiligen zu lassen.

Ihre Situation ist ein angenehmer Einzelfall, und es sei ihr von Herzen gegönnt, dass die freie Wirtschaft ihr Potenzial erkannt hat, wo es von deutscher Gesellschaft und deutschem Bildungssystem ignoriert wurde. Nichtsdestoweniger ist ihr Fall – so wie die gesamte Problematik Geflüchteter im deutschen Hochschulsystem – ein lautes Warnsignal: Wie die Dinge stehen, bleibt höhere Bildung in Deutschland den Menschen reserviert, die die richtige Herkunft haben. Alles andere kann auf dem freien Markt verscherbelt werden. Eine düstere Vorstellung.<

# Angst vor der Anmeldung

Wie das Recht auf Bildung praktisch untergraben wird

Das Recht auf Bildung ist auf unterschiedlichsten Gesetzesebenen verankert, aber nicht in der deutschen Realität. Gerade für Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus sind die Hindernisse an Berliner Schulen zahlreich und vielfältig. Das muss sich ändern. Von *Solidarity City Berlin*

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. So steht es in Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention. Auch das Berliner Schulgesetz verspricht allen Kindern das Recht auf schulische Bildung. Trotzdem wird Kindern, die über keinen legalen Aufenthaltsstatus verfügen, dieses Recht in der Praxis häufig nicht gewährt: Zahlreiche formale und praktische Hürden verhindern den Schulbesuch gänzlich oder sorgen dafür, dass er mit großen Ängsten verbunden ist.

Bis vor einigen Jahren waren öffentliche Schulen, so wie andere öffentliche Einrichtungen in Deutschland, dazu verpflichtet, die Ausländerbehörde zu informieren, wenn sie Kenntnis von einem unerlaubten Aufenthalt in Deutschland erlangten (§ 87 Aufenthaltsgesetz). Seit der Gesetzesänderung im Jahr 2011 sind immerhin Schulen und andere Bildungsein-

richtungen von dieser Übermittlungspflicht ausgenommen. Damit wurde eine große rechtliche Hürde beim Schulzugang für Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus aus dem Weg geräumt. In der Praxis existieren aber

weiterhin zahlreiche Hindernisse. Beispiele dafür liefern verschiedene Studien. Etwa die von Barbara J. Funck, Yasemin Karakaşoğlu und Dita Vogel aus dem Jahr 2015, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) herausgegeben wurde und für die 100 Grundschulen im Bundesgebiet telefonisch befragt wurden. Zweitens eine aktuelle Studie von Holger Wilcke, die auf

Interviews mit illegalisierten Migrant\*innen in Berlin basiert. Und drittens auf Interviews, die Aktivist\*innen von *Solidarity City Berlin* selbst mit illegalisierten Menschen geführt haben.

***Zur Schule gehen birgt  
die Gefahr, dass alles  
auffliegt***



## Zahlreiche Hindernisse

Obwohl Schulen nicht mehr der Übermittlungspflicht unterliegen, ist die Angst vor Aufdeckung und Abschiebung weiterhin ein zentrales Hindernis auf dem Weg zu schulischer Bildung. Dies machen mehrere Gesprächspartner\*innen von Holger Wilcke deutlich, so etwa Laure: „Wenn sie es nicht müssen, dann heißt das nicht, dass sie es nicht trotzdem machen. Es ist kompliziert. Und zur Schule gehen hat dann eben die Gefahr, dass alles auffliegt.“ Die Ergebnisse der GEW-Studie zeigen, dass diese Angst nicht unbegründet ist. Denn dass die Übermittlungspflicht nicht mehr besteht, ist nicht an allen Schulen bekannt. Ein Teil der befragten Schulmitarbeiter\*innen ist weiterhin der Überzeugung, die Meldebehörde oder die Polizei über den unerlaubten Aufenthalt eines Kindes informieren zu müssen.

Eine weitere wesentliche Hürde besteht darin, dass Schulen für die Anmeldung verschiedene Unterlagen verlangen. In den meisten Fällen sind eine Meldebestätigung und eine Geburtsurkunde erforderlich – beides Dokumente, die die Eltern illegalisierter Kinder zumeist nicht vorlegen können.

Die Telefonumfrage der GEW kommt zu dem Ergebnis, dass in der Mehrheit der Fälle der Anspruch auf Einschulung nicht oder nur mit hohem Aufdeckungsrisiko eingelöst werden kann. In den meisten Fällen, in denen befragte Schulen die Aufnahme eines papierlosen Kindes ablehnten, wurde dies mit bürokratischen Hindernissen begründet. Beispielhaft formulierte ein Schulleiter: „Wir leben in Deutschland. Hier ist alles behördlich geregelt. Wir brauchen immer ein staatliches Papier.“ Aufgrund dieser bürokratischen Hürden sehen viele Betroffenen keine Möglichkeit, ihre Kinder in der Schule anzumelden. So erzählt Enam: „Du hast keine Papiere. Du hast keinen offiziellen Wohnsitznachweis. Und [...] du hast keine Sozial-, Kranken- oder Unfallversicherung. Du hast nichts. Und ohne Versicherung wird der Direktor deinen Kindern nicht erlauben, die Schule zu besuchen.“

Die GEW-Studie spricht deshalb von einer „Harmonie aus Kennen, Können und Wollen“, die zusammenkom-

men muss, damit die Anmeldung eines Kindes ohne legalen Aufenthaltsstatus gelingen kann. Das bedeutet erstens, dass die Schule wissen muss, dass keine Übermittlungspflicht besteht, und dass das Recht auf Bildung rechtlich einen hohen Stellenwert einnimmt. Sie muss zweitens dazu in der Lage sein, dieses Recht in der Praxis zu verwirklichen, weil bürokratische Hindernisse entweder nicht bestehen oder aus dem Weg geräumt werden können. Und drittens muss auch die eigene Haltung der verantwortlichen Personen ermutigend und an den Rechten des Kindes orientiert sein. So sagt eine Schulmitarbeiterin: „Es darf nicht an Papieren scheitern, wir haben das Kind aufzunehmen.

[...] Bildung darf nicht verwehrt werden.“

## ***Du weißt nicht, wem du vertrauen kannst***

### Riskante Heimlichkeiten

Die Anmeldung zur Schule kann also nur gelingen, wenn Eltern eine Schule finden, die auf die oben beschriebenen formalen Voraussetzungen verzichtet.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, ein Kind unter einer falschen Identität anzumelden und damit seinen illegalisierten Status gegenüber dem Schulpersonal zu verheimlichen. Aber auch in diesem Fall ist der Schulbesuch häufig von Angst, Unsicherheit und immensen

Belastungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen geprägt. Und selbst wenn bei der Anmeldung der illegalisierte Status offengelegt wurde, wissen in der Regel nicht alle Lehrer\*innen davon, dass ihre Schülerin oder ihr Schüler keine Papiere hat. Dieses Nicht-Wissen kann zwar auch dem Schutz des Kindes dienen, wie Henry im Interview mit Aktivist\*innen von *Solidarity City Berlin* beschreibt: „Wenn ein Lehrer die Behörden informieren würde, ist es besser, wenn er keine Ahnung hat.“ Andererseits können auch gerade dadurch Probleme entstehen, dass Lehrer\*innen nicht über die Situation Bescheid wissen. Eine von *Solidarity City Berlin* befragte Migrantin berichtete beispielsweise, dass ihre Tochter nicht mit auf eine Klassenfahrt fahren durfte, weil sie keinen Nachweis über eine Krankenversicherung hatte. Eine andere erzählte, dass sie nicht am Schulmittagessen teilnehmen konnte, weil ihre Mutter über kein Bankkonto verfügte und das Essen nicht in bar bezahlt werden konnte. Und wieder eine andere berichtete, dass ein Lehrer wegen Verhaltensauffälligkeiten ihrer Tochter das Jugendamt

Furcht  
*statt Spaß am Lernen...*



Horror  
*statt Hausaufgaben*



verständigen wollte. Sie konnte diesen Schritt nur abwenden, indem sie den Lehrer einweihte und dabei das Glück hatte, dass er Verständnis für ihre Situation aufbrachte und das Kind unterstützte, ohne das Jugendamt zu informieren. „Das Problem ist, dass du nicht weißt, wem du vertrauen kannst“, fasst Henry zusammen.

Das Beispiel zeigt, dass die behördliche Übermittlungspflicht weiterhin ein großes Problem in Bezug auf den Zugang zu schulischer Bildung darstellt, auch wenn die Schulen selbst von ihr ausgenommen sind. Der Schulbesuch kann schließlich immer auch mit dem Kontakt zu anderen Behörden einhergehen, die der Übermittlungspflicht unterliegen, wie etwa dem Jugendamt oder dem Gesundheitsamt.

Für die Kinder selbst stellt der Schulbesuch unter den Bedingungen der Illegalisierung ohnehin eine große Belastung dar. Laure erzählt in der Studie von Holger Wilcke, dass es ihr gelungen ist, ihren Sohn an einer Schule anzumelden, aber mit einer falschen Identität: „Er heißt in der Schule jetzt anders als zu Hause. Das war nicht einfach. Erkläre deinem Kind mal, dass er jetzt noch einen zweiten Namen hat. Oft fühlte er sich nicht angesprochen. Die Lehrer sagten, er ist verschlossen, macht nicht mit. [...] Aber er hat sich daran gewöhnt, weil er auch verstanden hat, dass es keine andere Lösung gibt.“ Andere Migrant\*innen erzählten im Gespräch mit *Solidarity City Berlin*, dass ihre Kinder unter extremem Druck stünden, sich immer angepasst zu verhalten – um bloß jeden möglichen Kontakt zur Polizei zu vermeiden. Der psychische Stress ihrer Eltern würde sich durch die illegalisierte Lebenssituation auf die emotionale Situation ihrer Kinder übertragen.

### Schritte zur Bildung für alle

Einer der Arbeitsschwerpunkte von *Solidarity City Berlin* ist aktuell das Recht auf schulische Bildung, das juristisch zwar auf vielen verschiedenen Gesetzesebenen verbürgt ist, in der Praxis jedoch immer wieder ausgehöhlt wird.

Auf bundesgesetzlicher Ebene ist zuerst einmal wichtig, die Übermittlungspflicht nicht nur für Bildungseinrichtungen, sondern für alle kommunalen Behörden abzuschaffen, so wie es in den *Sanctuary Cities* in den USA und Kanada der Fall ist. Erst am 12. Oktober hat der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte Deutschland empfohlen, eine klare Trennung („fire walls“) zwischen öffentlichen Dienstleistern und Ausländerbehörden zu schaffen und die Übermittlungspflicht in § 87

Abs. 2 AufenthG abzuschaffen. Diese Empfehlung könnte eine Gelegenheit bieten, diese Forderung offensiver als bisher zu vertreten.

Auf Landesebene wäre es hilfreich, im Schulgesetz explizit klarzustellen, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf Einschulung haben. Außerdem sollte die Senatsverwaltung alle Schulämter des Landes über den Rechtsanspruch und die nicht bestehende Übermittlungspflicht informieren und praktikable Verfahren zur Aufnahme von Kindern ohne Meldebescheinigung gewährleisten. Zudem ist

auch eine datenschutzrechtliche Klarstellung nötig: Wo Daten nicht gemeldet werden müssen, dürfen sie auch nicht weitergegeben werden! Ohne diese Sicherheit wird das Recht auf Bildung durch die berechtigte Angst vor Aufdeckung und Abschiebung praktisch untergraben.

Auf der Ebene der einzelnen Schulen ist es wichtig, eine Haltung zu entwickeln und zu fördern, die das Recht des Kindes auf Einschulung und Bildung als oberste Priorität setzt – und die damit auch Vorrang vor allen bürokratischen Erfordernissen haben muss. Auch in ungewöhnlichen Fallkonstellationen müssen Wege gesucht und gefunden werden, eine Anmeldung an einer Schule sowie einen angstfreien Schulbesuch zu ermöglichen. Es darf nicht an Papieren scheitern. Oder, wie es Lara gegenüber *Solidarity City Berlin* ausdrückt: „Es steht hier im Gesetz, dass jedes Kind zur Schule gehen muss. Aber dann fragen sie mich, wo ist dein Pass, wo bist du angemeldet? [...] Ja, ich habe keine Papiere, keine Krankenversicherung. Aber mein Kind muss zur Schule gehen. [...] Setzt einfach das Recht um! Das wäre perfekt.“<

*Solidarity City Berlin ist ein Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen, das Berlin zu einer „solidarischen Stadt“ machen will.*

## Es darf nicht an Papieren scheitern



# Schulen ohne Abschiebung

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Bildung. Sie abzuschieben, nimmt ihnen dieses Recht.  
Vom *Roma Center*

„Ich verstehe das gar nicht. Wie kann man einen Menschen abschieben und sagen: Du gehst dann in deine Heimat. Das ist doch gar nicht meine Heimat. Ich meine, ich bin hier in Deutschland geboren. Und dann heißt das doch, dass hier meine Heimat ist.“ Als Anita das sagt, steht sie kurz vor ihrem Schulabschluss – und vor der Abschiebung. Die damals 15-Jährige ist in Göttingen geboren. Ihre Eltern sind 1999 vor dem Kosovokrieg geflohen, und in die Republik Kosovo, ein Staat, der damals noch nicht existierte, soll die Familie nun abgeschoben werden. Anita war noch nie dort, spricht kein albanisch, ist staatenlos. Zuhause ist sie in Göttingen.

Wie Anita geht es vielen jungen Roma, deren Eltern oder Großeltern vor den Kriegen im zerfallenden Jugoslawien geflohen sind. Sie wurden über Jahre, gar Jahrzehnte ‚geduldet‘, ihre Duldung immer wieder um einen kurzen Zeitraum verlängert. Besonders seit die Bundesregierung die sogenannten Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt hat, können sie sehr leicht abgeschoben werden, obwohl sie dort massive Diskriminierung, gesellschaftlichen Ausschluss und Gewalt erleben. Als Asylgrund wird das nicht anerkannt.

Sicher? Weder hier noch dort.

Geduldet zu sein, bedeutet, jederzeit abgeschoben werden zu können, nicht zu wissen, ob man morgen noch hier ist oder heute Nacht von der Polizei abgeholt wird. Die permanente Unsicherheit hat besonders für Kinder und Jugendliche schwerwiegende Folgen: Schlaflosigkeit, Übelkeit, Ängste, Konzentrations- und Lernschwierigkeiten beeinflussen ihren Alltag und ihren Schulerfolg.

Geflüchtete Jugendliche müssen ihre vertraute Umgebung in einer empfindlichen Phase ihres Lebens

verlassen. Am neuen Ort angekommen, hoffen sie auf eine bessere Zukunft, finden neue Freund\*innen, versuchen, traumatische Erlebnisse zu verarbeiten und sich in die Gesellschaft einzufinden. Eine Abschiebung heißt, sie ein weiteres Mal aus dem vertrauten Umfeld zu reißen, ihre Entwicklungs- und Sozialisationsprozesse zu unterbrechen und sie in die Ungewissheit zu schicken.

Oft bedeutet eine Ausweisung das Ende ihrer (Aus-)Bildung. Sind sie in Deutschland geboren oder aufgewachsen, können Kinder und Jugendliche die Sprache ihres vermeintlichen Herkunftslandes oftmals kaum oder gar nicht. Durch die plötzlich durchgeführte Abschiebung können sie keine Schulunterlagen mitnehmen und keinen Nachweis über ihre Beschulung erbringen. In dem Staat, aus dem sie oder ihre Eltern einst geflohen sind, werden sie nach wie vor verfolgt oder diskriminiert. Ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung sind ihre Möglichkeiten auf eine sichere und selbstbestimmte Zukunft gering. Weitere gesellschaftliche Marginalisierung ist vorprogrammiert.

Zukunft für alle!

Junge Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule, lernen, wachsen heran, schließen Freundschaften. Schule ist ein Ort, an dem junge Geflüchtete trotz Fluchterfahrung und der damit verbundenen Erlebnisse Vertrauen in die Gesellschaft aufbauen und sich integrieren sollen. Im letzten Jahr erregten zwei Fälle mediale Aufmerksamkeit: Ein in Deutschland geborenes Mädchen wird nach Nepal abgeschoben, ein Berufsschüler soll nach Afghanistan abgeschoben werden. Die Polizei kam in die Schule, um die jungen Menschen abzuholen. Ein Schockerlebnis – nicht nur für die Betroffenen selbst – das die Schule als Ort der Integration konterkariert.



Schule muss ein Schutz- und Lernraum für alle Kinder und Jugendlichen sein. Ein Ort, an dem sie sich entfalten und entwickeln können. Eine Abschiebung negiert das Recht junger Menschen auf Bildung. Das *Roma Center* hat daher die Kampagne *Zukunft für alle – Schule ohne Abschiebung* gestartet. Denn wir sind der Meinung: Allen in Deutschland lebenden Schüler\*innen steht eine faire Chance auf Zukunft zu. Und darunter verstehen wir einen sicheren Aufenthalt für alle bis zum Ende ihres Schulabschlusses beziehungsweise ihrer Ausbildung. Denn so können sich junge Menschen auf ihren Bildungsweg konzentrieren und in Frieden erwachsen werden. Mit einem Bildungsabschluss verbessern sich ihre Chancen auf eine sichere Zukunft erheblich – egal in welchem Land.


Die Kampagne vernetzt bundesweit Unterstützungsstrukturen mit Schulen. Sie entwickelt Materialien und Konzepte, um Jugendliche und Schulen in ihrem Engagement sowie die geflüchteten Schüler\*innen selbst zu empowern. Schulpersonal und Jugendliche sollen wissen, was sie im Fall einer bevorstehenden Abschiebung tun können.

*Die Kampagne Zukunft für alle – Schule ohne Abschiebung stellt eine Informationsbroschüre zur Verfügung mit Hintergrundinfos und Handlungsmöglichkeiten, um Schüler\*innen und Lehrer\*innen zu unterstützen und liefert zudem Ideen für Aktivitäten und Protestformen. Schulen können damit selbstständig aktiv werden. Darüber hinaus bietet sie an, Schulen vor Ort zu coachen. Das macht eine an die örtlichen Begebenheiten angepasste Beratung möglich und Fragen können so direkt beantwortet werden. Soweit möglich, stellt die Organisation Kontakt zwischen Initiativen am Ort und den Schulen her, um die Beratungswege kurz zu halten und das vorhandene Engagement zu bündeln. Weitere Infos gibt es unter [www.schule-ohne-abschiebung.org](http://www.schule-ohne-abschiebung.org).*

*Das Gruppenbild entstand im Rahmen der Aktion der Kampagne zum Weltkindertag*

*Das Roma Center kämpft gegen die Diskriminierung und für das Bleiberecht von Roma. Dafür nutzt es die Waffen der Bildung.*





*Ohne Papiere steht man immer blöd da*



# „Wir brauchen Papiere. Und ich habe keine“

Ahmed E. ist 29 Jahre alt, aus Syrien geflohen und hat in Damaskus drei Jahre Sozialwissenschaften studiert. Als Gegner des Assad-Regimes wurde ihm die Gelegenheit verweigert, sein Studium bescheinigen zu lassen. Mit Matthias Weinzierl, Vorstand der Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco und Başak Özdemir, Bildungs- und Arbeitsmarktberaterin, spricht er über seine Erfahrungen und die Schwierigkeiten, in Deutschland sein Studium anerkennen zu lassen und seinen Bildungsweg fortzusetzen.

Matthias: Wie lange hast du studiert, und wie lange hätte es gedauert, bis du fertig geworden wärst?

Ahmed: Insgesamt sind es sechs Semester, ich habe auch sechs Semester studiert. Ich habe aber mein Zeugnis nicht bekommen. Denn das war auch gefährlich, wenn ich einfach zur Uni gehe. Das war echt gefährlich. Die Leute dort.

Matthias: Weil du ein Assad-Gegner warst?

Ahmed: Genau – ich habe gar nichts gemacht, aber das Problem war, ich komme aus diesem Ort, einem kleinen Stadtteil von Damaskus, dessen Bewohner\*innen gegen Assad waren. Und es war echt so bescheuert, weil wenn ich aus einem anderen Teil von Damaskus gewesen wäre, dann

wäre es ja nicht anders gewesen. Aber ich habe dort 18 Jahre lang gelebt, und das war ein Problem.

Matthias: Du musstest fliehen und bist jetzt in Deutschland – kannst du hier Sozialwissenschaften studieren?

Ahmed: Leider keine Chance.

Matthias: Was machst du stattdessen?

Ahmed: Jetzt gerade arbeite ich leider als Bäcker. Ich finde das gut für mich, ich habe viele Kontakte gemacht, aber trotzdem, das ist nicht mein Traum. Es war nicht, dass ich mich gefragt habe, was mache ich gut? An diesem Punkt bin ich jetzt. In meinem Kopf war das die Zukunft: Ich habe studiert, ich arbeite wie ich will, ich helfe den Leuten wie ich will, was ich studiert habe, kann ich den Leuten

geben – aber leider ich gebe den Leuten jetzt Essen.

Başak: Auch gut, aber es ist nicht dein Traum. Ich würde gerne noch mal auf die Uni in Damaskus zurückkommen. Warum konntest du dein Diplom nicht bekommen oder konntest du es nicht holen, weil du geflohen bist?

Ahmed: Ich hatte Probleme. Drei-, viermal wurde mir gesagt: raus. Beim letzten Mal da hatte ich nur drei Sekunden – sie haben mir gesagt, ich kann von alleine gehen oder mit der Polizei. Ich habe gesagt okay, ich gehe, gehe einfach weg und danke. Ehrlich gesagt, es kann vielleicht sein, dass das ein Problem für mich macht wegen meiner Familie. Deswegen mache ich das Interview nicht mit meinem Namen, weil das bis jetzt gefährlich ist. Wenn ich das sage, und jemand hier das liest.

Matthias: Hast du später versucht, Bescheinigungen von deinem Studium zu bekommen?

Ahmed: Ja. Ich habe vor einigen Wochen einen Freund in Damaskus angerufen und gesagt: Ich brauche mein Zertifikat. Er hat gesagt, es gibt eine Chance, aber die kostet etwas.

Matthias: Was würde das kosten?

Ahmed: Er hat gesagt, 7.000 Euro ist das Minimum.

Başak: Wohin würde dieses Geld gehen?

Ahmed: Das ist eine andere Geschichte.

Matthias: Man müsste also ganz viel Geld anlegen, um an so ein Papier zu kommen. Başak, du bist ja von der Arbeitsmarktberatung, daher geht die Frage an dich: Also, da ist jemand aus Damaskus, der hat sechs Semester studiert – gibt es jetzt irgendeine Chance, dieses Studium hier anerkennen zu lassen, damit man hier weiter studieren kann und nicht bei Null anfangen muss?

Başak: Kann ich ganz klar mit Nein beantworten. Ohne Zertifikat und Originalabschlüsse geht nichts. Es würde noch nicht mal reichen, wenn du Kopien deiner Abschlüsse dabei hast. Es müssen Originale sein, sie müssen anerkannt werden. Ahmed, du bist nicht alleine mit dem Problem. Wir haben immer wieder Leute in der Beratung, die hoch qualifiziert sind, fertig studiert haben und sogar Arbeitsmarkterfahrungen in ihren Herkunftsländern haben, und die müssen tatsächlich von Null anfangen.

Ahmed: Das kostet einfach viel zu viel Zeit.

Matthias: Aber Wissen kann man doch prüfen! Es müsste doch jeder Fachbereich sagen, wir machen einen Einstufungstest und fragen Grundthemen der Soziologie ab – dann muss man doch feststellen können, kann er es oder kann er es nicht. Es ist doch ziemlich anmaßend, die deutsche Bürokratie über alles zu stellen. Das deutsche Abitur, der deutscher Hochschulabschluss, das ist einfach die Norm für Alle.

Başak: So ungefähr. Selbst wenn jemand seine Originaldokumente von der Uni hat, wird häufig auch noch das Abiturzeugnis verlangt. Einige Unis sind da offener, aber man muss immer irgendwas nachweisen können. Eine Immatrikulation, irgendetwas.

Matthias: Wenn Ahmed jetzt sagen würde, ich studiere, ich fange noch mal von vorne an, sechs Semester, könnte er das? Oder müsste er sein Abitur nachmachen?

Başak: Ja, das müsste er erst mal.

Ahmed: Ich habe gehört, dass das Abitur hier schwer ist.

Başak: Ja, das ist schwer.

Ahmed: Und die Sprache erst – ich habe mit so vielen Leuten geredet und ich habe einem Freund gesagt, ich könnte das Abitur machen. Er hat einfach mich ausgelacht – sein Bruder ist 19, arbeitet nicht und macht nichts außer Schule, er hat das Abitur bis jetzt nicht geschafft.

Başak: Es gibt den Versuch von Fachoberschulen, auch in München, Klassen zu öffnen für junge Menschen, die aus anderen Ländern hierherkommen und das Abitur nachholen. Da wird dann auch viel Wert darauf gelegt, dass man erst mal so eine Vorbereitung

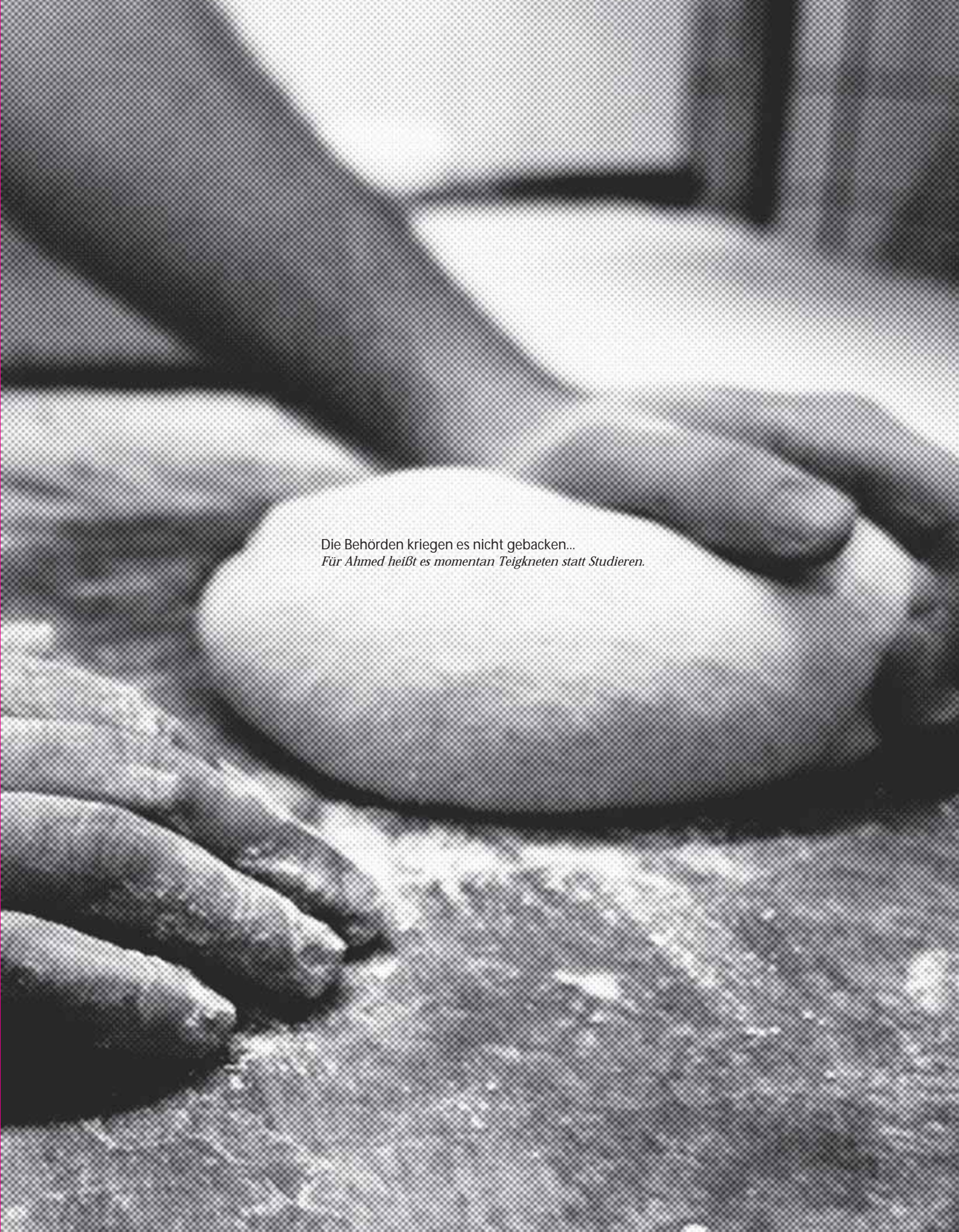
im Deutschen hat. Man sollte bis dahin aber schon ein hohes Deutschniveau haben und dann könnte man es schaffen. Es ist aber nicht einfach.

Matthias: Was macht das mit einem, wenn man so gegen die Wand läuft? Wo man eigentlich, wie du gesagt hast, Vorstellungen von seinem Leben und seiner Zukunft hat, wie man es machen möchte – und plötzlich stehst du in der Backstube und arbeitest als Bäcker. Wie geht es dir damit?

Ahmed: Ganz scheiße, auf jeden Fall. Wenn ich jetzt sage: Okay, ich fange an, ich mache alles, ich studiere, und ich mache Abitur. Dann muss ich auf der anderen Seite immer noch arbeiten, Deutschland sagt, man muss arbeiten, du musst deine Steuern zahlen. Und das ist gefährlich, wenn du nicht arbeitest, dann hast du keine Chance nach einem oder zwei Jahren, dann hast du Abschiebung. Und ich will auch meine Familie nicht vergessen.

Es gibt so viele Aufgaben hier in meinem Leben. Hier in Deutschland und für meine Familie, viel zu viel. Deswegen muss ich einfach hier sein. Denn ich habe echt keine andere Chance. Ich kann nicht einfach sagen, okay, ich studiere, ich bleibe zu Hause und ich studiere, das dauert sieben Jahre, aber das geht nicht. Hier in Deutschland geht das nicht. Man muss immer arbeiten, man muss so viel Sachen machen, weil logisch, jetzt wie sie schauen, wie ist das, Abschiebungen nach Syrien – das heißt okay, nein, ich arbeite, ich mache meine Aufgabe. Wenn sie sagen, du musst das und das und das machen, dann mache ich das, aber ehrlich gesagt, ohne Lust, einfach so, jetzt muss ich das machen, dann mach ich das.



A black and white photograph showing a pair of hands kneading a large, smooth ball of dough on a wooden surface. The hands are positioned on either side of the dough, with fingers pressing and turning it. The background is slightly blurred, showing a wooden table and a chair. The lighting is soft, highlighting the texture of the dough and the wood.

Die Behörden kriegen es nicht gebacken..  
*Für Ahmed heißt es momentan Teigkneten statt Studieren.*





Heilig's Blechle!

*Ahmed würde so gerne den Bäckerkittel für immer  
an den Haken hängen und sein Studium beenden*

Matthias: Aber dann könnte man ja sagen, du hast schon ein bisschen aufgegeben?

Ahmed: Ja. Das macht gar keinen Spaß für mich. Was ich hier mache, ist wichtig für mich, ich habe so viele Leute hier kennengelernt. Ja, aber trotzdem ist das nicht mein Traum. Das heißt, dass wenn ich jeden Tag zum Backen komme, dann ist einfach in meinem Kopf, das ist nur Arbeit. Und das war immer in meinem Kopf. Wieso arbeite ich in der Küche, wieso bin ich nicht bei sozialer Arbeit? Wieso bin ich nicht an einem anderen Platz, warum muss ich das machen? Meine Familie ist dort und die Politik hier. Soll ich eine Maschine sein? Die brauchen nicht deinen Kopf. Die brauchen nur deine Kraft, Punkt.

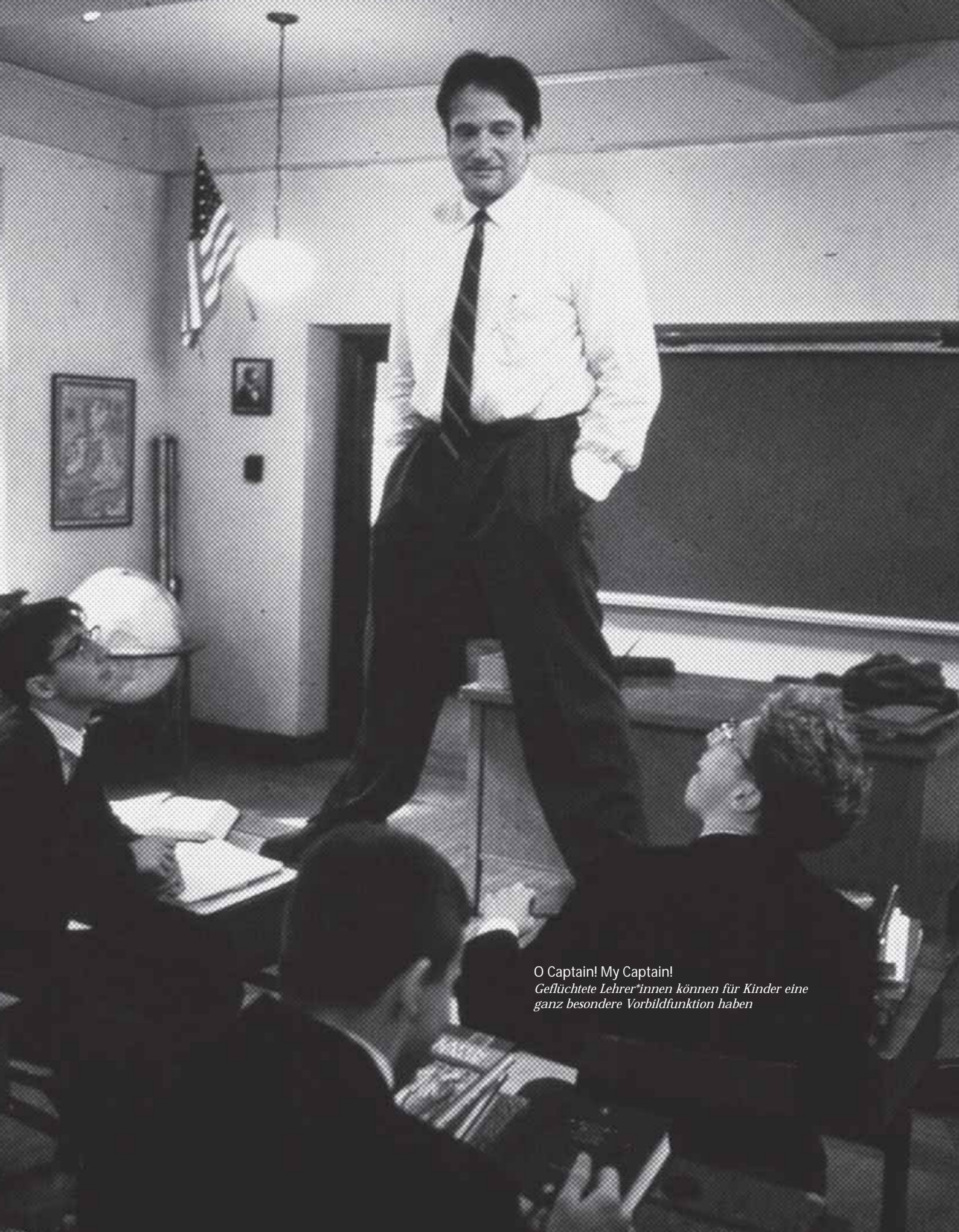
Matthias: Ich meine, es gibt schon Möglichkeiten. Schau mich an: Ich arbeite auch im sozialen Bereich und hab keinen akademischen Hochschulabschluss und ich bin kein Sozialarbeiter.

Ahmed: Ja, du sagst, es gibt Möglichkeiten. Für dich vielleicht, sorry. Aber bei uns ist das echt nicht so. Wenn ich mich noch mal beim Jobcenter anmelde und sage, ich studiere, das ist nicht so einfach. Es gibt ein Beispiel: Ein Freund von mir, er will einfach zur Uni gehen und er braucht noch einen Deutschkurs, und die sagen, nein, wir zahlen nicht, das ist nicht unser Problem, geh zur Arbeit. Er hat jetzt sein C1 gemacht und er hat es geschafft. Und seine Sprache ist sehr, sehr, sehr gut und er hat sein Zertifikat aus Damaskus und alles. Und er sagt, okay Leute, ich kann das nicht zahlen, ich habe kein Geld, ich will einfach studieren. Das ist ein Problem: Es gibt keine Möglichkeit. Es gibt eine Möglichkeit bei dir, weil du kannst einfach sagen, hey, ich bin deutsch.

Başak: Hast du das auch schon mal probiert? Bist du an irgendeine Stelle gegangen – weil du das Jobcenter erwähnt hast – und hast gesagt, was du machen möchtest?

Ahmed: Ich war bei der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) ich habe dort Deutschkurs gemacht und ich habe schon gefragt. Mein Kollege, mein Freund, er hat es geschafft bei der LMU. Er war auch mit mir dort, aber am Ende kann er das machen, ich darf nicht. Wir brauchen Papiere. Und ich habe keine.<





O Captain! My Captain!  
*Geflüchtete Lehrer\*innen können für Kinder eine  
ganz besondere Vorbildfunktion haben*



# Lasst mich doch unterrichten

Wir geflüchteten Pädagogen\*innen bringen gute Qualifikationen mit

Ein persönlicher Erfahrungsbericht über die Möglichkeiten und Hürden, als geflüchteter Lehrer in Deutschland unterrichten zu dürfen. Von Abdullah Zaal

**M**ein Name ist Abdullah Zaal. Ich war Mathematiklehrer auf einem Gymnasium in Damaskus. Daneben war ich dort auch Dozent für Informatik an der Universität. Ich hatte eine gute Ausbildung und habe sehr gerne unterrichtet. Im März 2013 musste ich nach Jordanien flüchten. Dort konnte ich legal nicht als Lehrer arbeiten. Im Herbst 2014 entschloss ich mich, die Flucht über das Mittelmeer nach Europa zu wagen. Seit September 2014 lebe ich in Deutschland. Mein Wunsch und meine Hoffnung war von Anfang an, hier wieder als Lehrer arbeiten zu können. Aus diesem Grund habe ich bereits in Jordanien angefangen, Deutsch zu lernen und mich vom ersten Tag an bemüht, mit Deutschen in Kontakt zu kommen. Allerdings durfte ich über ein Jahr lang keinen Sprachkurs besuchen. Da ich in einem sehr kleinen Dorf in Oberfranken untergebracht war, in dem es keine Schule gibt, kam ich auch mit dem deutschen Schulsystem nicht in Berührung.

## Meine ersten Einblicke

Im Dezember 2015 betrat ich das erste Mal eine bayerische Grundschule. Ich wurde eingeladen, einen Tag lang in der Schule zu unterrichten. Ich habe den Kindern vor allem den Ursprung der arabischen Ziffern erklärt und über meine Erlebnisse gesprochen. Dieser Tag ist für mich ein wichtiger Einschnitt, an den ich mich sehr gerne erinnere. Das erste Mal hatte ich wieder Kontakt zu einer Schule!

Ein weiterer wichtiger Schritt war für mich der Besuch eines Sprachkurses für Geflüchtete an der Universität Bayreuth. Dadurch konnte ich zum einen endlich unter Anleitung Deutsch lernen und zum anderen

verstehen, was die Voraussetzungen sind, um hier als Lehrkraft tätig werden zu können.

Die Auskünfte waren für mich allerdings ernüchternd: Um als Lehrer in Bayern an einer staatlichen Schule unterrichten zu dürfen, müsste ich neben Mathematik ein zweites Fach studieren und das zweite Staatsexamen bestehen. Ich sah damals keine Möglichkeit, hier jemals als Lehrer arbeiten zu dürfen.

Deshalb habe ich mich zum Studium der Wirtschaftsmathematik entschlossen, um einen deutschen Studienabschluss zu absolvieren. Jetzt studiere ich hier in Bayreuth. Der Schritt an die Universität ist mir nicht leichtgefallen, weil ich mich in der deutschen Sprache noch immer unsicher fühle und vor allem die Fachtermini nicht kenne. Auch die Finanzierung des Studiums ist nicht einfach. Das Studium gibt mir aber eine gute Perspektive für mein zukünftiges Leben.

Das Studium an der Universität war auch deshalb ein guter Schritt, weil ich dort nicht zuerst als Flüchtling wahrgenommen werde, sondern ganz einfach als Student, genau wie all die anderen internationalen Studierenden, die es dort gibt. Das gibt mir neues Selbstvertrauen. Seit einiger Zeit betreue ich ehrenamtlich *Sport verbindet*, eine Gruppe von Geflüchteten und deutschen Studierenden, die sich wöchentlich trifft, um gemeinsam am Sportinstitut der Universität Fußball zu spielen. Meinen Wunsch, zu unterrichten, habe ich aber niemals aufgegeben.

Abdullah Zaal  
war Mathematik-  
lehrer in Damaskus.  
Heute studiert er  
Wirtschaftsmathe-  
matik an der Uni  
Bayreuth

## Möglichkeiten der Qualifizierung für geflüchtete Lehrkräfte

Im Dezember 2016 kam ich in Kontakt mit *ViDem* (Vielfalt zusammen leben – Miteinander Demokratie lernen). *ViDem* ist ein Projekt des Fördervereins *Demokratisch Handeln* und wird durch das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* gefördert. Es ist ein Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm für geflüchtete und deutsche Lehrkräfte. Ziel ist die Etablierung einer inklusiv wirksamen, demokratiepädagogischen Praxis des Lehrens und Lernens an Schulen. In den vergangenen zwei Jahren fanden an verschiedenen Orten Deutschlands regelmäßig entsprechende Kurse statt.

Das Wichtigste war für mich aber der Kontakt und Austausch mit deutschen Lehrkräften. Von ihnen bekam ich viele Informationen über das deutsche Schulsystem. Vor allem machten sie mir und meinen geflüchteten Kollegen\*innen Mut, nicht aufzugeben und nach Wegen zu suchen, wieder unterrichten zu dürfen. Sie unterstützen mich bis jetzt.

Über *ViDem* hatte ich auch Kontakte zu Qualifizierungsprogrammen für geflüchtete Lehrkräfte an den Universitäten von Potsdam, Bielefeld und Bochum. Die Programme dauern ein bis drei Jahre. Die Studierenden erhalten unter anderem Deutschunterricht (C1 Niveau) und machen eine Art Referendariat an Schulen, wo sie den Unterrichtsalltag kennen lernen.

Das Problem ist, dass ausgerechnet in Bayern die Situation für geflüchtete Lehrkräfte besonders schwierig zu sein scheint und ein solches Programm bisher nicht existiert.

In anderen Bundesländern gibt es bereits Lehrkräfte mit Migrationshintergrund und geflüchtete Lehrer\*innen, die als Quereinsteiger unterrichten und sich gleichzeitig nachqualifizieren können. Das wäre auch mein Wunsch und der meiner geflüchteten Kolleg\*innen. Wir würden uns wünschen, dass wir uns nachqualifizieren und gleichzeitig in einer Schule arbeiten können, um Erfahrungen zu sammeln und die Ausbildung so finanzieren zu können.

## Warum geflüchtete Lehrer\*innen an bayerischen Schulen?

Zurzeit gebe ich außerschulische Hausaufgabenbetreuung an einer Mittelschule. Ich gebe Kindern mit Migrationshintergrund Nachhilfe in Mathematik.

Ich beobachte, dass es die Kinder sehr freut, wenn ich mich mit ihnen neben Deutsch auch in Ihrer Muttersprache unterhalten und ihnen die Inhalte so besser erklären kann. Außerdem ist es für die Kinder schön, dass sie hier einen Lehrer aus ihrem Kulturkreis kennen lernen. Ich teile das Schicksal der geflüchteten Kinder und kann ihre Situation besonders gut verstehen. Geflüchtete Kinder hatten häufig längere Zeit keine Gelegenheit, eine Schule zu besuchen. Sie müssen viel nachholen. Manche von ihnen lebten unter sehr ungünstigen Bedingungen. Außerdem leiden viele unter den Folgen des Krieges und der Flucht. In Deutschland müssen sie viel Neues lernen und sich mit einer anderen Kultur auseinandersetzen. Ich bin für die Kinder ein guter Ansprechpartner und kann sie besonders gut unterstützen.

Wir geflüchteten Pädagogen\*innen bringen gute Qualifikationen aus unserer Heimat mit. Wir würden gerne aktiv mitwirken an der Integration von Kindern und Jugendlichen. Wir sind Lehrer und Lehrerinnen, weil wir gerne Kinder unterrichten und lieben unseren Beruf. Gerade bei der Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher können wir eine wichtige Rolle spielen. Bei Problemen mit den Familien können wir eine Vermittler\*innenrolle übernehmen und anders kommunizieren als unsere deutschen Kolleg\*innen. Ein geflüchteter Lehrer oder eine Lehrerin kann für die Kinder eine besondere Vorbildfunktion haben. Ich möchte den Kindern vor allem vermitteln, dass es sich lohnt, sich hier anzustrengen und eine gute Ausbildung zu erreichen. Und ich möchte sie so gut es geht darin unterstützen.

Warum sollen wir hier andere Berufe lernen oder andere Tätigkeiten ausüben, wo doch in Deutschland und auch in Bayern dringend Lehrer\*innen gesucht werden?

Natürlich können wir auch in anderen Berufen arbeiten, aber tief in unseren Herzen lebt der Wunsch weiter, wieder an eine Schule gehen zu dürfen. Und ich gebe die Hoffnung noch nicht auf.

Ich hoffe auf ein Qualifizierungsprogramm in Bayern, das es uns erlaubt, wieder unterrichten zu können.<

# Zweifelhafte Schnäppchen- Angebote

Pünktlich zum Beginn der betulichen Weihnachtszeit wirbt das Innenministerium mit Plakaten für die Rückkehr von Geflüchteten. Von Stephan Dünwald

**F**ast möchte man meinen, Horst Seehofer würde jetzt mal den Heimat-Teil seines Ministeriums zur Geltung bringen. Mit großflächigen Plakaten wirbt das Bundesinnenministerium für die Rückkehr in die Heimat. „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!“ titeln die Plakate, es klingt nach frischem Wind, anpacken, blühenden Landschaften. Dabei handelt es sich um Länder wie Tschetschenien, Afghanistan, den Irak oder Somalia, unter anderem. Und doch, wer meint, das alles sei ein Missverständnis, sieht sich getäuscht.

Wer früher geht, hat mehr davon

Wer dem Link [www.returningfromgermany.de](http://www.returningfromgermany.de) folgt, landet auf der Beratungsseite des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*. Dort kann alles Wissenswerte zum Thema Rückkehr erfahren werden. Fast alles. Wie man erfolgreich nach Afghanistan zurückkehrt und dort verhindert, dass man dem nächsten Bombenattentäter in die Arme läuft, das ist nicht Teil des Beratungsprogramms. Aber man erfährt, wie viel Geld man bekommt, wenn man zurückkehrt. Mehr Geld, wenn man gleich wieder ausreist, weniger, wenn erst die Entscheidung abgewartet wird, ob man Asyl oder Schutz bekommt. Eher sehr wenig Geld bekommen die, die erst mal gänzlich abgelehnt wurden. Das klingt horstig, irgendwie. Geflüchtete werden in *Anker-Zentren* gebracht, haben dort Arbeitsverbot, bekommen möglichst keinen Cent, und dann winken ein paar Hundert Euro, wenn man zurückkehren will. Da ist schon Horst dabei, aber das

erste Mal auf den Tisch gebracht hatte das Seehofers Vorgänger Thomas de Maizière. Das Programm Starthilfe Plus wurde schon vor einem guten Jahr seitens der Wohlfahrtsverbände als ‚Hau-Ab-Prämie‘ sehr treffend bezeichnet.

Pädagogik mit Abschiebedrohung

Horst nun ist dafür verantwortlich, dass das Thema etwa zu der Zeit, in der Lebkuchenpyramiden die Supermärkte zieren, auf Plakatwände gebracht wird. Ist doch eine schöne Geste: Weihnachten zu Hause. Horst ist auch dafür verantwortlich, dass vor allem die Behörden die Beratung machen. Wer nun auf der Webseite die Liste der Beratungsstellen anklickt (man kann eine Postleitzahl angeben), der bekommt eine lange Liste von Ausländerbehörden. Zwischendrin vielleicht auch mal die Caritas oder das Diakonische Werk, aber eher selten. Während die Wohlfahrtsverbände und andere Träger (wie etwa die Stadt München mit dem *Coming Home Projekt*) seit den 1990er Jahren Expertise aufgebaut haben, sich etwas darauf zugutehalten, dass sie „ergebnisoffen“ beraten, wird das bei den Ausländerbehörden nicht so eng gesehen. Hier heißt es eher: ‚Wenn Du Dir was Gutes tun willst, dann gehst Du freiwillig, bevor wir Dich abschieben.‘ Das wird mal mehr, mal weniger freundlich zum Ausdruck gebracht. Von den Behörden in den Anker-Zentren eher weniger freundlich, und auch nicht ‚ergebnisoffen‘.





Stephan Dünnwald  
ist Ethnologe und  
arbeitet beim  
Bayerischen  
Flüchtlingsrat

Es erscheint ein bisschen so, als sei Rückkehr einfach. Eine Entscheidung, die erleichtert, hat man sie einmal getroffen. Ein bisschen kommt einem aber der Verdacht, dass behördlicherseits die Rückkehr nach Mogadischu, Bagdad oder Kabul ähnlich behandelt wird wie der Wunsch ‚I wui hoam nach Fürstenfeld‘. Während es sich in dem einen Fall jedoch vordringlich um eine Frage des öffentlichen Personennahverkehrs handelt, reden wir im anderen dann doch von etwas längeren Distanzen. Und: Die Vorstellungskraft der Leute, die sich Kampagnen wie *returningfromgermany.de* ausdenken, scheint mit einer gedachten Ankunft am Zielort zu erschlaffen. Eine strikt an die Leine gelegte Fantasie, oder, wie es in Antworten des Innenministeriums oft heißt: „zum weiteren Verbleib der Person liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.“



# Asyl\_Ästhetiken

Ein Foto-Essay von Kaveh Rostamkhani

Ab August 2018 hat Bayern als erstes Bundesland das Konzept der sogenannten Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (Anker-Zentren) eingeführt, in denen das gesamte Asylverfahren unter einem Dach und mit erhöhter behördlicher Effizienz durchgeführt werden soll. Zentrale Aufnahmestellen für Asylbewerber\*innen sind nun angekoppelt an Polizei- und Gerichtswesen.

Während auf Seiten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge von erhöhter Effizienz bei der Durchführung des Asylprozederes die Rede ist, werden Anker-Zentren von Expert\*innen durchaus skeptisch beäugt. So führt eine Studie<sup>1</sup> kritischer Migrationsforscher\*innen auf, dass das Konzept der Anker-Zentren unter anderem die Passivität und Unsicherheit der Geflüchteten verstärken wird. Ferner bemängeln sie in der Studie die hierdurch bedingte räumliche Isolation von den jeweiligen Kommunen – allesamt Faktoren, die mittel- und langfristig die gesellschaftliche Integration erschweren werden.

Ästhetisch lässt sich bereits die Reduzierung rechtsstaatlicher Garantien auf ein Minimum für nicht-weiße nicht-bürgerliche Körper spüren. Es bleibt abzuwarten, welche Dynamiken sich aus dem Zusammentreffen migrantischer Autonomie mit behördlichem Effizienz- und Kontrollbestreben in den Anker-Zentren entwickeln werden. Derweil bleibt gewährt: ein Spind Individualität auf 6m<sup>2</sup> Rechtsstaat.

*1 Hess, S., Pott, A., Schamman, H. et al (2018): Welche Auswirkungen haben „Anker-Zentren“? - Eine Kurzstudie für den Mediendienst Integration*



Kaveh Rostamkhani arbeitet als unabhängiger Dokumentar Fotograf neben Aufträgen an Projekten mit sozio-politischem Schwerpunkt. Er ist der Autor des Essays Rebordering Europe







*Formulare für die Registrierung persönlicher Daten von Asylsuchenden liegen in verschiedenen Sprachen im Anker-Zentrum Donauwörth aus*



*Asylbewerber haben das Bettgestell im Anker-Zentrum Zirndorf in einem Zimmer mit Konservendosen gerade gerichtet.  
Im Gespräch meint einer von ihnen, das erinnere ihn an seine Militärdienstzeit*



*Gebetsraum im Anker-Zentrum Zirndorf bei Nürnberg*



*Im Anker-Zentrum Donauwörth betreiben Asylbewerber\*innen einen Friseursalon sowie eine Waschküche im Rahmen von 80-Cent-Jobs. Das sind weniger als 10% des gesetzlichen Mindestlohns. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Stundenlohn für Gefängnisarbeit in deutschen Haftanstalten beträgt 1,45 Euro*

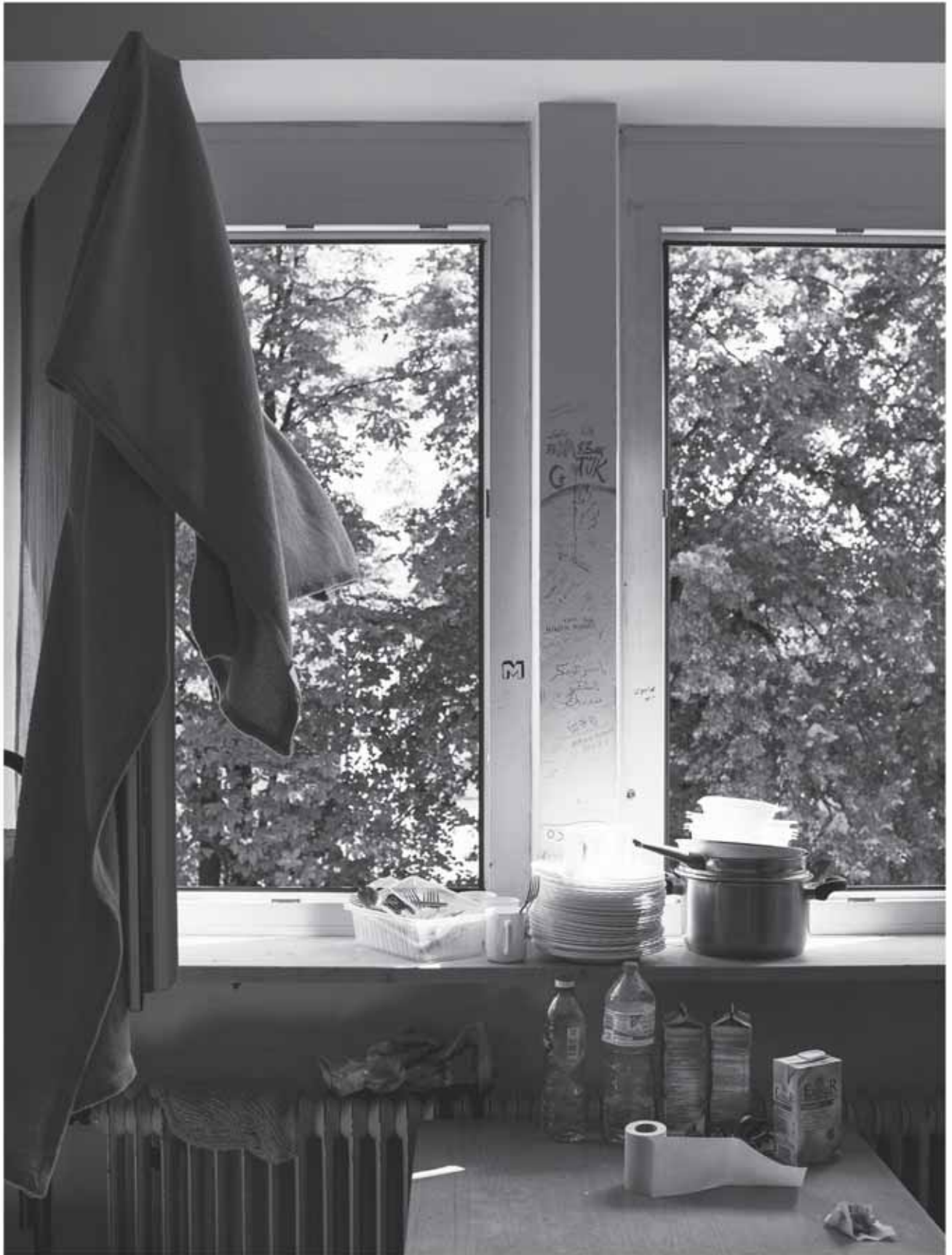






*Die Küchen des Anker-Zentrums Zirndorf sind sehr rudimentär ausgestattet. Die Herdplatten gehen aus Unfallschutzgründen nach zehn Minuten Betrieb automatisch aus und müssen erneut angeschaltet werden*





*Im Bereich der alleinstehenden Männer des Anker-Zentrums Zirndorf bei Nürnberg teilen Geflüchtete manche Aufgaben unter sich. In diesem Zimmer wird das Geschirr vorbereitet*







*Weisse Puppen liegen im Kindergarten des Anker-Zentrums Donauwörth aus. Durch die Verteilung von Asylbewerber\*innen nach Herkunftsländern beherbergt die ehemalige Kaserne unter anderem viele Personen aus Gambia, denen eine „geringe Bleibeperspektive“ zugeschrieben wird*







Eins, zwei, drei – Lasst die Leute frei!

29. März 2018: In Donauwörth demonstrieren Geflüchtete und Unterstützer\*innen gegen die Inhaftierung von 30 Personen aus Gambia

# Polizeigewalt gegen Geflüchtete rechters?

Die massiven Polizeieinsätze in süddeutschen Aufnahme- und Abschiebelagern gegen hauptsächlich afrikanische Asylsuchende sind eine neue Strategie staatlicher Gewalt, in der es um eine Kooperation zwischen verschiedenen Behörden und Organen geht, u.a. Lagerleitung, Sicherheitspersonal, Polizei, Strafjustiz und Medien. Das Ziel dieser Einsätze ist die Einschüchterung der Geflüchteten sowie die Kriminalisierung jeglicher Solidarität. Wie diese Zusammenarbeit funktioniert und welche Rolle insbesondere die Gerichte bei der Legitimierung dieser Form von Rassismus spielen, wurde vor dem Amtsgericht Augsburg am 7.11.2018 ausführlich verdeutlicht. Eine Analyse von Aino Korvensyrjä

In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Augsburg am 7.11.2018 verteidigten sich zwei gambische Geflüchtete gegen die Vorwürfe wegen Landfriedensbruch, der in der Nacht zum 14.3.2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth stattgefunden haben soll. Zu der Verhandlung kam es, weil die zwei Gambier Rechtsmittel gegen ihre Strafbefehle eingelegt hatten. Zahlreiche Journalist\*innen sowie solidarische Prozessbeobachter\*innen aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen unter anderem aus München, Berlin, Stuttgart, Freiburg, Nürnberg, Augsburg und Wien waren zur Verhandlung und zur Kundgebung vor dem Gericht erschienen. Die ausführlichen Einlass- und Identitätskontrollen vor dem Gerichtssaal produzierten ein Déjà-vu: An der Tür des Saals kontrollierten Polizeibeamt\*innen Ausweise und verweigerten am Anfang gambischen Geflüchteten den Einlass, weil ihre Ausweise von der Ausländerbehörde als „ungültig“ gestempelt worden waren. Die Richterin reagierte zuerst auf die Beschwerde der Verteidigung mit dem Kommentar, dass „ungültig“ eben „nicht gültig“ hieße – als würde sie über diese häufig von bayerischen Ausländerbehörden eingesetzte, rechtswidrige Praxis, „ungültige“ Ausweise zu erteilen, nichts wissen. Ironischerweise war gerade die

Abschaffung dieser rechtswidrigen Praxis sowie der damit zusammenhängenden tagtäglichen rassistischen Polizeikontrollen von Schwarzen Geflüchteten, eine der wichtigen Forderungen der gambischen Community in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth vor dem Polizeieinsatz am 14.3.2018. Am Amtsgericht Augsburg führte der kontrollierende Polizeibeamte diese Praxis einfach fort: „Den kann man doch dann gleich abschieben!“ Letztlich musste die Richterin den Betroffenen jedoch Zutritt zu der öffentlichen Verhandlung erteilen.

## Bloße Anwesenheit als Delikt

Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft behauptete, dass eine Gruppe von gambischen Asylsuchenden in der Nacht zum 14.3.2018 eine Dublin-Abschiebung in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth verhindert hätten. Außerdem hätte die „aufgebrachte und gewaltbereite Meute an Asylbewerbern“ vier Malteser-Betreuer\*innen soweit bedroht, dass sich diese in einem Zimmer „verbarrikadiert“ hätten. Durch diese „Ausschreitungen“ hätten die Gambier\*innen „die öffentliche Sicherheit in erheblichem Maße gefährdet“. Dieser Vorwurf diente bereits als Begründung für den



massiven Polizeieinsatz im Lager am Nachmittag des 14.3.2018: Rund 200 Polizist\*innen, darunter Bereitschaftspolizei und Hundeführer\*innen, stürmten mit Stöcken, Handwaffen, Pfeffergas und Helmen bewaffnet das Lager und verhafteten gambische Geflüchtete. Davon verbrachten 30 Personen zwei Monate in Untersuchungshaft. Laut der Polizei handelte es sich um "Rädelsführer" und weitere Personen, die angeblich an der nächtlichen "Zusammenrottung" teilgenommen hätten.

Das Amtsgericht Augsburg hat diese Interpretation der Geschehnisse schon einmal Mitte Mai durch die Strafbefehle wegen Landfriedensbruch bestätigt, als der Großteil der gambischen Geflüchteten aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Viele wurden manipulativ und rechtswidrig zum Rechtsmittelverzicht gegen Freilassung überredet. Auch die unter 21-Jährigen, die bei der Freilassung keine Strafbefehle bekamen, wurden damals grundsätzlich für schuldig erklärt. Das Narrativ von "kriminellen Schwarzafrikanern" und von einem "Gambieraufstand" wurde bei der Freilassung noch einmal von den regionalen Medien verbreitet.

Der Vorwurf der verhinderten Abschiebung wurde aber in der Gerichtsverhandlung am 7.11.2018 durch die Zeug\*innenaussagen eindeutig widerlegt: Die Abschiebung scheiterte daran, dass die Person nicht aufzufinden war. So wurde die Sichtweise der gambischen Community in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth vom Gericht bestätigt. Insbesondere konnte am 7.11.2018 den Angeklagten kein konkreter Tatbeitrag an einem Landfriedensbruch nachgewiesen werden. Selbst ihre Anwesenheit in der Nacht zum 14.3.2018 konnte durch die Zeug\*innenaussagen nicht zweifelsfrei geklärt werden. Trotzdem entschied das Gericht, die Strafbefehle der beiden wegen Landfriedensbruch in der Nacht zum 14.3.2018 und bei dem anderen Angeklagten zusätzlich wegen Beleidigung am Nachmittag des 14.3.2018 zu bestätigen und hat sie zu 80 und 90 Tagessätzen à zehn Euro verurteilt. Die Richterin behauptete, sie seien Teil der „bedrohlichen“ Gruppe gewesen und ihre bloße Anwesenheit genüge zur Begehung eines Landfriedensbruchs.

Demokratische Grundrechte mit dem 'Gastrecht' unvereinbar

Die deutlichen Widersprüche sowie die Lücken in den Aussagen der Security-, der Malteser-Mitarbeiter\*innen und der Polizeibeamt\*innen wurden vom Gericht schlicht ignoriert. Stattdessen hat die Richterin sie wiederholt zu ihrem subjektiven Empfinden über eine

mögliche Bedrohung durch die gambischen Bewohner\*innen gefragt. Als die Polizei in der Nacht bei einem Rundgang die abzuschiebbende Person von Zimmer zu Zimmer suchte und der Feueralarm gleichzeitig losging, wachten die Geflüchteten auf und kritisierten lautstark das Vorgehen der Polizei sowie die Zustände im Lager. Das stigmatisierte die Richterin in ihren Kommentaren und Zwischenfragen wiederholt als "Zusammenrottung". Ganz im Einklang mit der Sichtweise der Staatsanwaltschaft und der Polizei kriminalisierte sie also schon sprachlich die verfassungsrechtlich geschützte Meinungsäußerung der Bewohner\*innen.

Ihr Urteil beschrieb sie als notwendige Generalprävention und somit als eine Maßnahme, die andere Geflüchtete davon abhalten soll, ihre Rechte einzufordern. Damit wird die Solidarität zwischen den Geflüchteten grundsätzlich kriminalisiert. In ihrer Urteilsbegründung hat sie dem Begriff "Solidarität" explizit eine besonders negative Bedeutung gegeben. Einer langen deutschen Tradition folgend bezeichnete sie Asylsuchende als "Gäste" im Lande, die sich dementsprechend zu benehmen hätten.

Staatliche Produktion der 'Gefährlichkeit'

Die rassistische Logik, ausschließlich gambische Geflüchtete ins Visier zu nehmen, wird besonders durch die Aussagen der Security-Zeug\*innen über die Identifizierungsmethode der Verdächtigen verdeutlicht. Die Entscheidung, welche Personen am 14.3.2018 wegen Verdachts auf Landfriedensbruchs verhaftet wurden, basierte lediglich auf den Aussagen der drei Security-Mitarbeiter\*innen. Zwei der Mitarbeiter\*innen wurden kurz vor der Verhaftung bei der Regierung von Schwaben im Lager Bilder von ausschließlich gambischen Geflüchteten gezeigt, die aus dem Register der Zentralen Ausländerbehörde stammten. Einer dieser Mitarbeiter\*innen ging dann kurz danach zusammen mit der dritten, der Schichtleiterin des Security-Dienstes, und gemeinsam mit der Polizei durch die Zimmer und identifizierte alle mutmaßlichen 'Täter'. Die 32 identifizierten Personen wurden am selben Nachmittag von der Polizei abfotografiert und die neuen Fotos am nächsten Tag den drei selben Security-Mitarbeiter\*innen gezeigt. Außer zwei, wurden 30 Personen letztendlich als 'Täter' identifiziert.

Die Verteidigung wies darauf hin, dass diese Methode nicht objektiv sei und gegen die gesetzlichen und durch Richtlinien empfohlenen Regeln verstoße. Danach dürfen sich unter acht Bildern nur eines von einem Verdächtigen befinden, die anderen sieben

Bilder müssen willkürlich gewählte Personen darstellen. Dies hielt das Gericht aber für unwichtig und priorisierte im Urteil eher die gesellschaftliche und staatliche Produktion der 'Gefährlichkeit' und die Kriminalisierung von Männern mit dunkler Hautfarbe ohne Aufenthaltstitel.

Außerdem versäumte das Gericht zu berücksichtigen, dass das Personal des Sicherheitsdienstes in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth im Juli 2018 komplett ausgetauscht wurde. Anlass waren laufende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Augsburg gegen 18 Mitarbeiter\*innen der bis dahin zuständigen Firma Scherlin. Die Hauptzeug\*innen des Prozesses, die die gambischen Geflüchteten belasteten, waren alle noch im März Mitarbeiter\*innen dieser Firma. Ein Tatvorwurf gegen die Firma ist ironischerweise Freiheitsberaubung: Das Sicherheitspersonal in Donauwörth wird unter anderem verdächtigt, Geflüchtete mehrmals in geschlossenen Räumen eingesperrt zu haben.

Die Medien- und Betroffenenberichte über Security-Gewalt in Donauwörth erinnern an das Phänomen in anderen Anker-Zentren wie in Bamberg, wo diese Gewalt als ein zusätzliches Mittel eingesetzt wird, um Geflüchtete zur Ausreise zu drängen<sup>1</sup>. Besonders beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die Kooperation zwischen Sicherheitsdiensten, Polizei und später der Strafjustiz – und die aktive oder passive Mitwirkung der Lagerleitung. Viele Geflüchtete, die in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth vor dem Polizeieinsatz lebten, berichten über regelmäßige Gewalt von Seiten des Sicherheitspersonals. Diese wird oft durch die Polizei weitergeführt, indem die Opfer der Gewalt verhaftet werden, nicht die Täter.

#### Strategie für 'Hostile Environment'

Durch die Zuschreibung einer "schlechten Bleibeperspektive" wird in bayerischen Lagern Geflüchteten oft sogar das Minimum verweigert: Den Betroffenen wird das Taschengeld gestrichen, der Zugang zu medizinischer Versorgung verwehrt, es gelten Arbeits-, Ausbildungs- und Studienverbote, Ausweise werden

als "ungültig" abgestempelt und rassistische Polizeikontrollen sind Alltag. Asylsuchende "ohne Bleibeperspektive" – darunter fallen auch Asylsuchende aus Gambia – können oft grundsätzlich nicht aus den Isolationslagern oder Anker-Zentren ausziehen.

Vor dem Amtsgericht Augsburg am 7.11.2018 wurde klar, dass die eigentliche "Bedrohung" in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth die politische Arbeit der gambischen Community war. Die etwa 350 Gambier\*innen wollten die Zustände im Lager einfach nicht schweigend hinnehmen und hatten sich seit

Ende 2017 organisiert, um friedlich die Gleichbehandlung mit anderen Geflüchteten im Lager zu fordern. Dies geschah per Schreiben an die Regierung von Schwaben und auch durch zahlreiche Verhandlungen mit Repräsentant\*innen der Regierung.

Der Sprecher der gambischen Community in Donauwörth, David Jassey, hat darauf hingewiesen, dass genau hier das Ziel und die Botschaft des Polizeieinsatzes am 14.3.2018 zu sehen ist: Geflüchtete in anderen Lagern sollen abgeschreckt werden, ähnliche Protestformen gegen die bayerische Lagerpolitik einzusetzen<sup>2</sup>. Diese Analyse wurde durch das „generalpräventive

Urteil“ des Amtsgerichts Augsburg bestätigt. Auch die in der Verhandlung vernommenen Security-Mitarbeiter\*innen drückten wiederholt ihren Ärger über die Organisation der Gambier\*innen in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth aus. Eine Auseinandersetzung mit der massiven Polizeigewalt am 14.3.2018 gegen die Geflüchteten in Donauwörth blieb vor Gericht aus.

Donauwörth ist kein Einzelfall. Unter den hunderten von großangelegten Polizeirazzien in süddeutschen Lagern seit 2017 kann sogar ein bestimmtes Muster beobachtet werden, das u.a. in Donauwörth, Ellwangen und Donaueschingen zum Vorschein kommt. In allen diesen Razzien wurde das Lager unter dem Vorwand einer nächtlichen Abschiebeverhinderung von hunderten von Polizist\*innen gestürmt. Es folgten Verhaftungen, Untersuchungshaft und danach politisch motivierte Gerichtsprozesse, wo Polizeigewalt und die Verhaftungen nachträglich durch die Strafjustiz

## ***Bei den großangelegten Polizeirazzien in süddeutschen Lagern kann ein bestimmtes Muster beobachtet werden***

legitimiert wurden. Von den anfänglichen Beschuldigungen der Polizei über die Abschiebeverhinderung konnte in allen Fällen wenig oder gar nichts vor Gericht bewiesen werden.

Ende Oktober folgte die Razzia in der Außenstelle Stephansposching des Anker-Zentrums Deggendorf genau diesem Muster. In Fürstenfeldbruck war der Vorwand für den Polizeieinsatz Mitte November ein anderer. Der Fall Fürstenfeldbruck ähnelte dem Einsatz in Donauwörth dennoch dadurch, dass dem massiven Polizeieinsatz am 13.11.2018 ein Protest der Bewohner\*innen am 3.11.2018 vorausgegangen war. Wie die Strafjustiz auf die Polizeigewalt in Fürstenfeldbruck und Deggendorf reagieren wird, ist noch abzusehen.

## Lehren aus Donauwörth

Diese Fälle machen deutlich, wie Flüchtlingslager über das bayerische Polizeiaufgabengesetz hinaus durch die behördliche Praxis als "gefährliche Orte" definiert werden, und was für eine Bedeutung diese staatliche Produktion von 'Gefährlichkeit' für die gegenwärtige deutsche Lager- und Ordnungspolitik hat, die unerträgliche Verhältnisse für bestimmte Migrant\*innengruppen schaffen will. Seit Januar 2017 gibt das bayerische Polizeiaufgabengesetz der Polizei das Recht, die Räume einer Asylunterkunft jederzeit ohne ersichtlichen Grund zu betreten und unter anderem die Personalien der Anwesenden zu kontrollieren. Der Donauwörth-Prozess in Augsburg, der noch in ein Berufungsverfahren gehen wird, hat gezeigt, dass wir den Druck auf die Gerichte erhöhen müssen, damit sie sich kritisch mit den brutalen Polizeieinsätzen auseinandersetzen und die Grundrechte der Betroffenen nicht einfach übergehen. Sonst werden die süddeutschen Abschiebelager besonders für westafrikanische Asylsuchende immer mehr zu "gefährlichen Orten". Weiterhin ist natürlich die gegenwärtige (süd)deutsche Lagerpolitik, die Geflüchteten unter dem Vorwand der "Bleibeperspektive" entrechtet, als eine gravierende Sicherheitsgefährdung zu bekämpfen.

Wir brauchen auch eine evidenzbasierte Berichterstattung: Über die Verhandlung am 7.11.2018 in Augsburg berichteten beispielsweise erstaunlich viele Medien völlig irreführend, dass die Vorwürfe über Abschiebeverhinderung vor Gericht nochmal bestätigt worden seien. Dafür hätten die Journalist\*innen gar nicht zum Gericht kommen müssen, sondern einfach die Pressemitteilung des Polizeipräsidiums Schwaben vom 14.3.2018 übernehmen können.<

<sup>1</sup> Korvensyrjä (2018): *Organisierte Gewalt. Warum die Security-Gewalt in bayerischen Abschiebelagern weitergeht.* ak 640 / [https://www.akweb.de//ak\\_s/ak640/43.htm](https://www.akweb.de//ak_s/ak640/43.htm)

<sup>2</sup> Culture of Deportation (2018): *Donauwörth police attack –David Jassey's Interview.* <https://vimeo.com/296197583>

Aino Korvensyrjä promoviert an der Universität Helsinki zum deutschen Abschieberegime und zur Kriminalisierung der Migration. Sie hat in der rechtlichen Unterstützung der Angeklagten in den Donauwörth-Verfahren mitgewirkt und ist aktiv bei Justizwatch und dem Free Movement Network. Sie veröffentlicht Videos und andere Materialien zur Migrationskontrolle auf der Website [cultureofdeportation.org](http://cultureofdeportation.org)



# Nebeneinander Sitzen

Geflüchtete brauchen Unterstützung. Aber Geflüchtete sind keine Hunde, denen man jede Kleinigkeit beibringen muss. Geflüchtete wollen lernen, aber sie wollen selbst lernen. Und sie wollen, dass man sie kennen lernt und ihnen zuhört. Ein Kommentar von Mohamad Kord

**E**s macht mich einfach kaputt. Ich bin einfach sauer. Ich kenne mich, ich kann etwas machen und ich schaffe es. Ich habe es in Jordanien geschafft. Und das war auch nicht in meiner Muttersprache. Weil ich mit einer dänischen NGO (Non-Governmental Organization) gearbeitet habe, musste ich englisch reden. Es war ein bisschen schwer in einer anderen Sprache, aber trotzdem, ich kenne mich, ich schaffe das. Ich kann das machen.

Du denkst jeden Tag die gleichen Sachen, das macht deinen Kopf kaputt. In Jordanien habe ich zwischen Geflüchteten und NGOs vermittelt. Und das war sehr, sehr gut, auch für mich. Da war ein Loch zwischen den Leuten und den NGOs. Das war im Winter, man muss den Leuten so viele Sachen geben. Ich hatte gearbeitet mit Leuten, die hatten Probleme wegen Krieg, und ich hatte mit Frauen gearbeitet. Und irgendwo hast du das Gefühl, du kannst etwas machen für die Leute und du schaffst das. Denn du kommst von den Leuten. Du kommst genau von den Leuten. Ich finde das sehr, sehr wichtig für mich. Ich komme von den Leuten, aber ich helfe den Leuten.

Als ich nach Deutschland gekommen bin, waren wir in der Bayernkaserne und das war einfach Spielhalle, von 9 Uhr in der Früh bis 9 Uhr abends. Und das war okay – spiel einfach, spiel. Wir waren ganz neu, ich war erst seit 20 Tagen in Deutschland. Ich esse, ich schlafe, ich kriege Geld und spiele. Danke, Deutschland. Dann war der erste Termin, der zweite Termin beim Jobcenter – ich dachte mir, was ist das hier? Die

Leute waren unfreundlich. Wann arbeitest du? Was machst du genau? Sag mir Bescheid, wenn du nicht mehr zum Deutschkurs gehst, dann kriegst du kein Geld mehr. Am Anfang habe ich das nicht gesehen. Am Anfang spielen die Leute. Spiel. Sechs Monate spielen die Leute nur. Sechs Monate in Deutschland, und danach – Wann arbeitest du? Was machst du jetzt genau? Was willst du machen? Gib mir deinen Plan. Und ich habe nach Arbeit gesucht und ich habe es geschafft. Und jetzt will ich nicht mehr. Die Leute wollen helfen, aber sie haben keine Ahnung, wie sie helfen können.

Das ist nett von den Leuten, denn sie wollen helfen, aber das nervt auch, denn sie machen uns kaputt. Da war zum Beispiel am Anfang in Deutschland eine Gabel. Ich habe gefragt, wie das auf Deutsch heißt – du sagst mir, das ist eine Gabel, hier hast du eine Gabel. Aber ich finde es echt scheiße, wenn du mir sagst, wie ich sie benutzen soll.

Als ich neu in der Unterkunft war, habe ich einen Wasserkocher geschenkt bekommen. Man hat mich gefragt, ob ich weiß, wie man Wasser damit kocht. Schau, mach auf, Wasser rein, zu und du musst hier anmachen. Ich habe so gesagt: Wow! Echt? Wie? Noch mal! Und ich habe gesagt: Danke dir, ohne dich ich kann nicht. Vielen Dank.

Eine Frau sagte mir, der Koran ist eine Diktatur. Hast du den Koran gelesen? Wieso sagst du dann: Schau, was die Moslems machen. Ich kann dir sagen, du

***Du trinkst Alkohol?  
Ja, ich bin nicht der  
Prophet***



Mohamad Kord  
*ist Sozialwis-  
senschaftler und lebt  
in München*

musst das erst lesen und dann kannst du mir sagen, du kommst aus einer Scheißkultur, mit Scheiß-Regeln. Ich habe mit jemandem in Deutschland gearbeitet, der hat gedacht, die Frauen schlafen mit Kopftuch. Das stimmt natürlich nicht. Ich bin Moslem; das heißt nicht, dass ich Taliban bin. Man fragt, gehöre ich zu den Sunniten oder Schiiten? Ich sage, beide. Meine Mutter ist Sunnitin und mein Vater ist Schiit. Aber ihr habt zwar den Koran nicht gelesen, und sagt das kann nicht sein.

Mein Name ist für mich kein Problem. Hier in Deutschland wird mein Name zu einem Problem. Mohamad, du trinkst Alkohol? Ja. Ich bin nicht der Prophet.

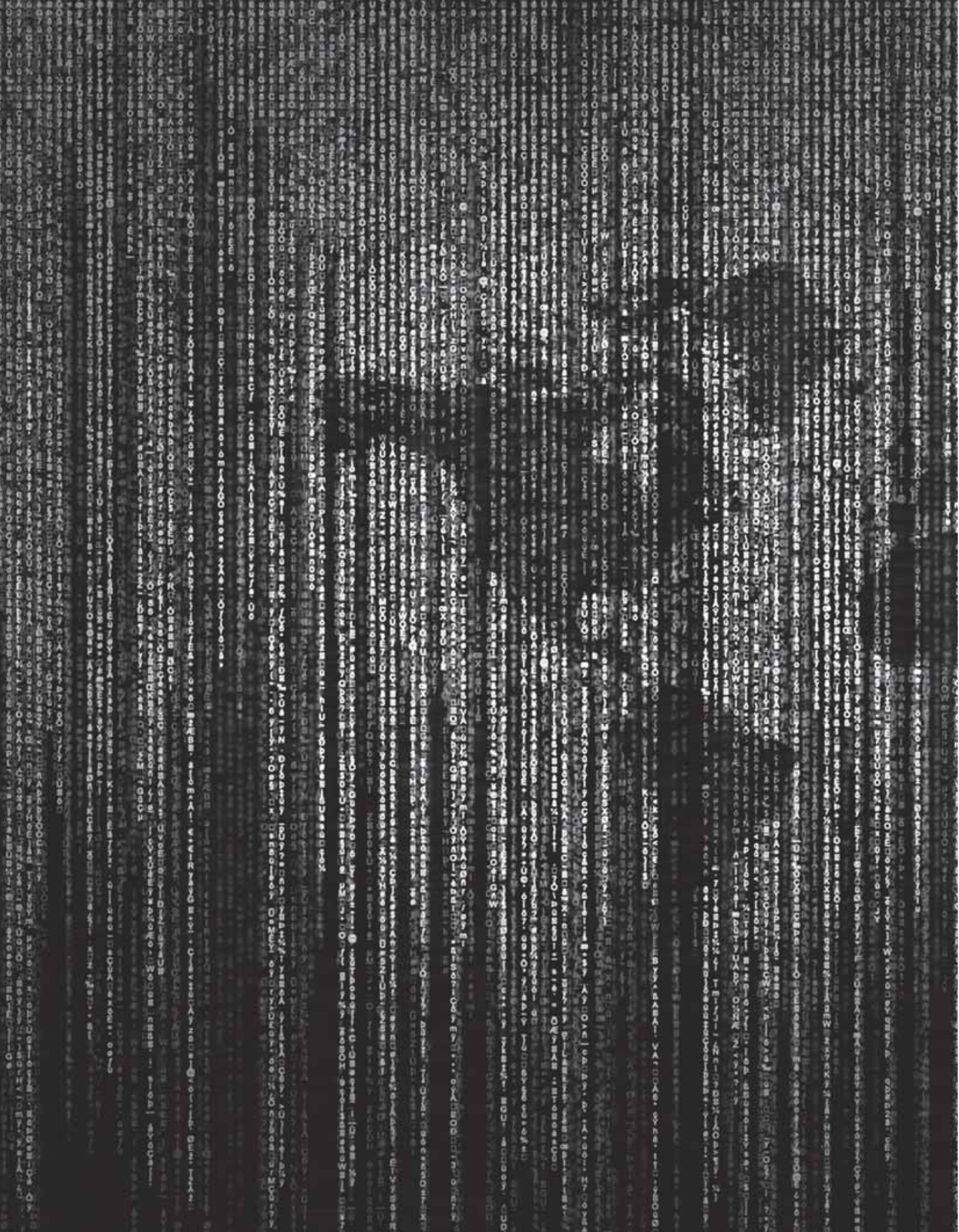
Wenn du über mich redest, bitte lass mich neben dir sitzen. Nur das, nur das. Gib mir die Chance, ich komme, ich verstehe nicht alles, aber gib mir die Chance und ich diskutiere mit. Das ist logisch, ich brauche Zeit. Und logisch, alle Leute hier brauchen Zeit. Wie kann ich lernen? Erster Schritt: Ich will einfach bei euch sitzen, Deutsche. Ich kann die deutsche Sprache lernen, ich kann so viele Sachen. Ich rede mit allen, ich habe da kein Problem.

Es gibt bis jetzt Leute, sie haben keine Betreuer\*innen, und sie haben keine Ahnung. Das funktioniert nicht, denn sie sind einfach zuhause. Sie bleiben einfach in

der Unterkunft und sie machen gar nichts.

Ich finde es okay, wenn ihr sagt, dass es euer Traum ist, wenn einfach Leute aus verschiedenen Ländern hier zusammen wohnen und es hier schaffen. Aber das geht nicht, wenn ich nur deine Meinung akzeptieren muss. Das geht nicht. Du musst das akzeptieren, ich kann hier auch meine Meinung sagen, wenn du das willst. Dann schaffen wir es, zusammen hier zu leben. Lass mich einfach zu deinem Platz kommen. Wenn du Sachen machst, lass mich einfach zu deinem Platz kommen und neben dir sitzen, nicht hinter dir.<







# Flucht in Daten und Zahlen

Die Themen Flucht und Asyl sind ohnehin Themengebiete, um die sich zahlreiche Fragen drehen. Warum verlassen Menschen ihre Heimat? Wie lange sind sie unterwegs? Wer schafft es bis nach Deutschland? Was haben die hier Angekommenen für Aussichten? Wie geht es weiter für jene, die bleiben können, und wie für die, die abgeschoben werden? Wie viele werden überhaupt abgeschoben? Nur ein Bruchteil dieser Fragen lässt sich darstellen oder wird in Form von Daten erhoben. Das selbst gesetzte Ziel der Gruppe *Refugee Datathon Munich* ist es, die vorhandenen und zugänglichen Daten nutzbar zu machen und die, die nicht vorhanden sind, in Erfahrung zu bringen. Ein Bericht zur Entstehung und dem Vorgehen des *Refugee Datathon Munich*. Von Suny Kim



**D**er *Refugee Datathon Munich* entstand Ende 2015. Im Angesicht des immer wichtiger werdenden Flucht-Themas, wollten Menschen aus dem Fachbereich der IT etwas beitragen. Da lag die Überprüfung von zugänglichen Daten nahe. Zur Illustration unseres Vorgehens eignen sich die Anerkennungsquoten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Eine realistische Situation sah im Jahr 2015 folgendermaßen aus: Eine Unterstützer\*in braucht die Quoten für eine Präsentation. Sie kennt jemandem im BAMF und fragt per E-Mail nach den

Quoten. Im besten Fall erhält sie daraufhin eine Antwort, die ein paar PDFs enthält. Daraufhin überträgt die Unterstützer\*in die Zahlen in Excel und fertigt ein Diagramm an, dass dann in einer Präsentation gezeigt wird.

Freier Zugang zu Informationen  
als zentraler Grundsatz

Das ist jedes Mal aufs Neue ein erheblicher Aufwand und das Ergebnis erreicht die Wenigsten. Dabei hätten diese Daten für so viele Menschen Relevanz, zum Beispiel die Unterstützer\*in, die sich fragt, wie die Chancen für Geflüchtete aus dem Jemen stehen oder die Aktivist\*in, die sich Sorgen macht, weil viele aus Syrien Kommende nur noch subsidiären Schutz bekommen und diese Beispiele kratzen nur an der Oberfläche dessen, wo solche Daten wichtig sind. Deshalb geht der *Refugee Datathon Munich* anders vor: Wir fragen mit dem Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz beim BAMF nach den Daten. Dafür benutzen wir die Open Data Plattform *fragdenstaat.de*. Alle Daten, die wir erhalten, werden dann ins Netz gestellt. In der Regel geht das BAMF erst nach der dritten Anfrage dazu über, die monatlichen Asylgeschäftsstatistiken regelmäßig auf der Homepage zu veröffentlichen. Wir ziehen die Zahlen dann automatisiert aus dem PDF, so erzeugen wir einfache und maschinenlesbare Files (CSV, comma separated values), welche wir auf *Github* hochladen. *Github* ist

Suny Kim  
 arbeitet im  
 Fachbereich IT und  
 ist Teil des Kollektives  
 Refugee  
 Datathon Munich

eine Plattform für Open Source Software, auf die jede\*r Zugriff hat und die die freie Weiterverarbeitung der Inhalte ermöglicht. Wir verarbeiten diese Daten selbst weiter und machen daraus Histogramme, die wir auf [refugee-datathon-muc.org](http://refugee-datathon-muc.org) zur Verfügung stellen. Auf diese Weise können alle Interessierten an die Zahlen kommen. Unser Interesse ist es, dass sich dieses Wissen verbreitet, was auch der Beweggrund zum Verfassen und die große Hoffnung hinter diesem Artikel ist.

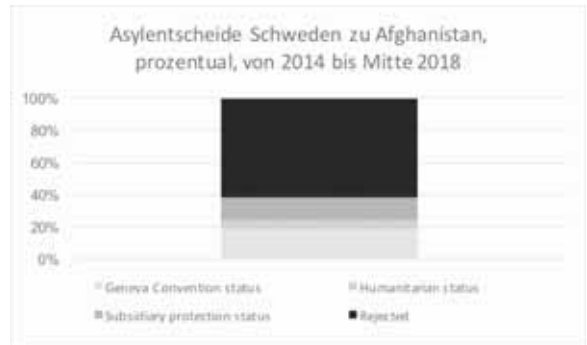
### Das Problem mit Leerstellen

Grundlegende Fragen, die sich stellen, sind die danach, welche Daten es überhaupt gibt und wer diese hat. Zu manchen Themen gibt es naturgemäß so gut wie keine Informationen. Über Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder die Ausbildung Geflüchteter. Zu diesen Themen gibt es keine systematischen Erhebungen, allenfalls gibt es Stichproben. Daten zu erheben ist eine Wissenschaft für sich und übersteigt unsere Möglichkeiten bei Weitem. Diesem Problem versuchen wir beizukommen, indem wir möglichst direkt an die Quellen herantreten. Vor allem im Umgang mit Daten muss der Schutz der Persönlichkeit beachtet werden. Es wäre durchaus interessant, wie viele Geflüchtete in der Psychiatrie behandelt werden, und vielleicht gibt es im Klinikum auch Daten, aber eine Anfrage hätte aus guten Gründen wenig Aussicht auf Erfolg.

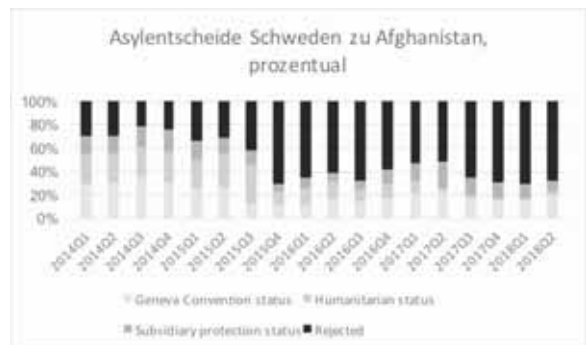
### Das wachsende Interesse an Daten bringt Entscheidendes ans Tageslicht

In den letzten Jahren sind Datenportale ein großes Thema. Es wird Arbeit hineingesteckt und das Angebot wird immer besser. Eine gute Quelle ist *Eurostat*, das Statistische Amt der Europäischen Union. Hier gibt es auch viele Informationen zu Asyl und Migration. Die Mitgliedsländer liefern die Daten selbst. Die Eurostatdaten kann man in einem Datenbankbrowser ansehen oder über Schnittstellen herunterladen. Sie sind für jeden nutzbar. Am Beispiel der Anerkennungsquote von Schweden soll das illustriert werden. Die Datenquelle heißt 'migr\_asycdfstq': 'Migration and Asylum', 'First instance decisions on applications by citizenship, age and sex Quarterly data (rounded)'. Wenn man im Netz danach sucht, findet man den Datenbankbrowser. Hinter der Variable „GEO“ versteckt sich das europäische Land, in dem der Asylantrag gestellt wurde. Wir setzen den Zeitraum auf von 2014 startend bis in die Gegenwart. Citizen beinhaltet das Herkunftsland. Im Bezug darauf filtern wir nach dem Kürzel „AF“ für Afghanistan. Außerdem wählen wir alle Entscheidungsarten aus. Die anderen Parameter lassen wir so,

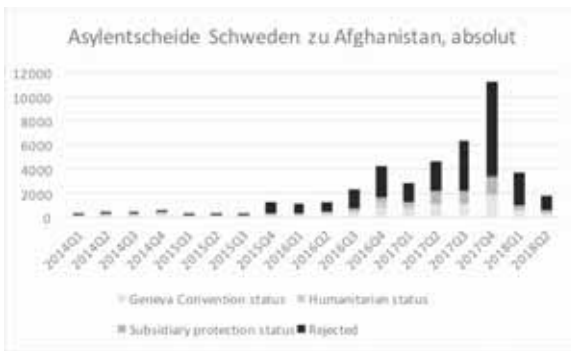
wie sie sind, klicken auf den Download Button und wählen Excel als Format. Excel ist ungeeignet für große Datenmengen oder Automatisierung, aber in diesem Beispiel tut es, was wir brauchen. Die Daten sind nicht so angeordnet, wie wir sie wollen, aber es sind nur 18 Quartale mit je sechs Werten, damit kann man arbeiten.



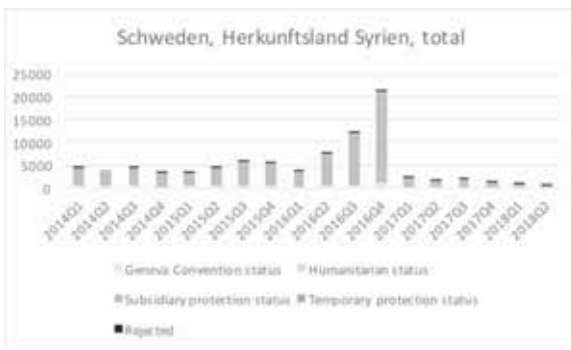
Die Anerkennungsquote des gesamten Zeitraums von Anfang 2014 bis Mitte 2018 liegt bei 40%. Das ist niedriger als in Deutschland (knapp 50%). Schweden galt doch als eher aufnahmefreundlich. Die Frage, was dahinter steckt, drängt sich uns auf. Wir finden durch die Zahlen heraus, dass Schweden seine Flüchtlingspolitik im Laufe des Jahres 2015 dramatisch verändert hat. Im November gab die Regierung eine Verschärfung der Asylpolitik bekannt. Die stellvertretende Regierungschefin Åsa Romson von den Grünen brach auf der Pressekonferenz in Tränen aus. Ministerpräsident Stefan Löfven sagte: „Es schmerzt mich, dass Schweden nicht in der Lage ist, auf diesem Niveau weitere Asylsuchende aufzunehmen.“ Also schauen wir die Anerkennungsquote noch einmal an, diesmal ihre prozentuale Entwicklung im Verlauf der Zeit.



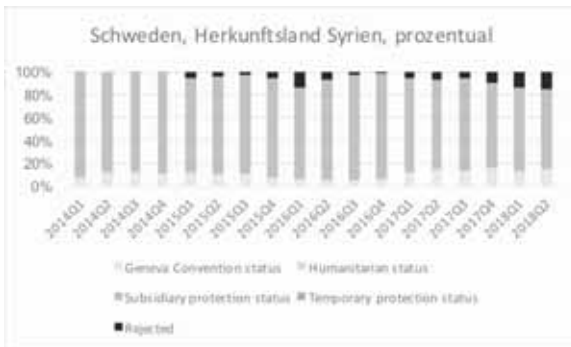
Sie zeigt einen deutlichen Einbruch Ende 2015. Zeigt sich darin der Politikwechsel? Wenn man die absoluten Zahlen heranzieht, stellt man fest, dass aus Afghanistan vorher sehr wenig Asylsuchende gekommen sind.



Vielleicht hilft es, ein Herkunftsland zu untersuchen, aus dem über viele Jahre mehr Asylsuchende gekommen sind, beispielsweise Syrien.



Hier ist die prozentuale Entwicklung viel stabiler. Es gibt keinen starken Abfall Ende 2015.



## Interpretation von Daten

War der Eindruck also falsch, den wir bei der Analyse der Asylanträge aus Afghanistan bekommen hatten? Hatte die politische Umkehr einen deutlichen Einfluss auf die Anerkennungsquote? Nicht unbedingt. Es liegt der Verdacht nahe, dass besonders Entscheidungen über Asylanträge aus Afghanistan politischem Einfluss unterliegen. Um diese Vermutung zu erhärten, kann man wie im Fall von Schweden, Politikwechsel und die zeitliche Änderung analysieren oder die Quote in verschiedenen europäischen Ländern vergleichen. Es würde den Rahmen dieses Artikels aber sprengen und mit Excel würde ich das übrigens auch nicht mehr machen. Bei aller Begeisterung im Bezug auf Daten ist es wichtig, kritisch zu bleiben und sorgfältig zu arbeiten. Ohne Hintergrundwissen zum Thema entsteht schnell ein falsches Bild. Der Status 'subsidiärer Schutz' beispielsweise hat in verschiedenen Ländern verschiedene Bedeutung. Die Art der Zählung unterscheidet sich von Land zu Land und hat sich auch im Lauf der Zeit verändert. Statistik ist mühsam, man darf Zahlen nicht unbesorgt addieren und subtrahieren. Wenn ein Asylsuchender Anträge in mehreren Ländern stellt und wir über die Länder summieren, zählen wir diese Anträge doppelt. Wenn Daten aggregiert und korrigiert geliefert werden, ergibt die Differenz der Zahlen nicht den richtigen Wert für die Differenz der Zeiträume: Wenn es beispielsweise erst heißt, dass es im Januar 100 Anträge gab, und später, dass es in den Monaten Januar und Februar insgesamt 250 Anträge waren, inklusive Korrekturen für den Januar, dann ist unklar, wie viele Anträge es im Februar gab. Bei aller gebotenen Vorsicht kann man viel aus den Daten lernen. Sie können Vermutungen erhärten, Klischees widerlegen und insgesamt ein richtigeres Bild der Welt erzeugen. Dafür arbeitet der *Refugee Datathon Munich*.<





# Auf eure Gefühle ist geschissen

Ich habe bisweilen das Gefühl, dass früher alles besser war. Das Essen, so mein Gefühl, schmeckt nicht mehr so gut wie früher, und die jungen Leute sind sexuell nicht mehr so offen und unverkrampft, wie es mir lieb wäre. Aber Gefühle sind trügerisch: In Wirklichkeit, so weiß ich, werden mit zunehmendem Alter meine Geschmacksnerven einfach schwächer und schwächer, und mein Körper wird für die meisten jungen Menschen zunehmend unattraktiv, weswegen sie mit mir nicht mehr schlafen möchten. Beides ist sehr bedauerlich, aber im Falle der Geschmacksnerven kann ich dazu nur sagen: C'est la vie, während ich allen jungen Menschen, denen eine Zwanzigjährige lieber ist als ich, nur sagen kann: selbst schuld, ihr habt ja keine Ahnung, was ihr verpasst, und außerdem werden heutzutage ganz außerordentliche Geräte produziert, ich brauche euch gar nicht.

Gefühle dienen jedenfalls manchmal ganz gut der Orientierung innerhalb der eigenen Identität, sind aber meistens ziemlich nutzlos, was die Navigation gesellschaftlicher Realität betrifft. Man sieht das ganz gut an Menschen wie dem jungen Boris Palmer, seines Zeichens Mitglied der Grünen, verkniffener Wutbürger und Oberbürgermeister von Tübingen. Am 23.11.2018 gab er Phoenix ein Interview, in dem er zum Besten gab, er habe das Gefühl, dass viele Menschen in Deutschland das Gefühl hätten (voll meta!), ihr Leben werde durch kriminelle Geflüchtete zunehmend unsicher. Er wisse, dass Kriminalität in Deutschland

rückläufig sei, glaube aber auch, dass man die verängstigten Gefühle der Menschen ernst nehmen müsse, auch wenn sie unrecht hätten, denn man könne ihnen ja schlecht mit Statistiken kommen, wenn sie sich schlecht fühlen.

Viele Menschen haben Gefühle. Einige haben zum Beispiel das Gefühl, Ausländer\*innen seien krimineller als Deutsche; Kinder wären bei schwulen Eltern schlecht aufgehoben; Frauen seien mit schuld an mangelnder Gleichberechtigung; es gäbe genau zwei Geschlechter; es gäbe menschliche Rassen; der Kapitalismus sei alternativlos; menschliches Verhalten hätte nichts mit Erderwärmung zu tun; moralisches Handeln ließe sich klasse anhand jahrtausendealter Bücher determinieren; Geflüchtete bekämen jedes Jahr Weihnachtsgeld; oder ästhetische Verbrechen wie Uggs, Boots und Kurzarmhemden mit Krawatten seien legitime modische Entscheidungen.

Menschen dürfen (im streng rechtlichen Sinne) all diese Gefühle haben, sind dann aber Idioten. Ihre Gefühle müssen weder respektiert noch zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht werden. Ihre Gefühle resultieren aus schlechter Bildung und vor allem einem fehlerhaften Verständnis von Bildung (schon wieder meta!). Sie resultieren nicht zuletzt aus dem Missverständnis, gute Bildung und sinnvolle Realitätswahrnehmung hätten etwas damit zu tun, was und wie viel jemand weiß – wo es doch so viel



Tante Tom,  
*promovierte  
Literaturwis-  
senschaftlerin und  
Beraterin für  
Geflüchtete, hat an  
dieser Stelle einmal  
pro Ausgabe das  
Vergnügen, im  
Strahl zu kotzen.  
Manche Band-  
würmer müssen  
einfach raus*



praktischer und nachhaltiger wäre, gute Bildung als die Fähigkeit zu betrachten, systematisch zuverlässige Information zu akquirieren und zu verhandeln.

Stattdessen existiert das bizarre Konzept eines gleichberechtigten Marktplatzes der Informationen und Daten in Verbindung mit einem fehlgeleiteten (und üblicherweise heuchlerischen) Grundrespekt für Gefühle und Intentionen (als wären die Gefühle und Intentionen von Menschen auch nur ansatzweise relevant angesichts ihrer tatsächlichen Handlungen und Aussagen). Was daraus folgt, ist die Vorstellung, im Grunde sei jede Überzeugung prinzipiell akzeptabel und verhandelbar, inklusive Seenotrettung, das individuelle Grundrecht auf Asyl, körperliche Selbstbestimmung oder gesellschaftliche Gleichstellung.

Das Nicht-Akzeptieren inakzeptabler Gefühle und Positionen ist dabei eben keine Frage der freien Meinungsäußerung – auch die dümmsten Meinungen zu kriminellen Zugewanderten, der Ehe für alle, menschlichen Rassen etcetera, dürfen formuliert, sollten aber nicht respektiert, sondern radikal der Lächerlichkeit preisgegeben werden; nicht anders als der legale, aber beschauerte Glaube, Regierungen seien von getarnten Weltraumechsen durchsetzt.

Um an einen Punkt zu gelangen, an dem der gesellschaftliche Diskurs entsprechend dumme Meinungen nicht weiter validiert, müsste das ganze Konzept von Bildung anders gestaltet werden: Statt Fußball könnte beispielsweise Staatsbürgerkunde unabdingbarer Bestandteil schulischer Bildung sein; Rechtsphilosophie statt Religionsunterricht; Diskussionskultur und Argumentationstraining anstelle schematisierter Textinterpretation; Recherche und verantwortungsbewusste Informationshandhabung statt dogmatisch wiederkäuendem Speichern von Daten.

Ganz zu schweigen davon, dass ein vernünftiges Konzept von Bildung auch endlich Systemen Einhalt gebieten müsste, die bildungsferne und sozial benachteiligte Menschen tendenziell ausschließen, während sie gleichzeitig privilegierte Menschen weiter privilegieren, die daraufhin jede Möglichkeit haben, unter Bildung, Tatsachen und Wirklichkeiten genau das zu verstehen, was sie darunter verstehen wollen – zum Beispiel das Hirngespinnst, dass Ausländer\*innen kriminell seien, ein Hirngespinnst, an dessen Wahrheit nur sehr bestimmte Gesellschaftsgruppen Interesse haben dürften.

Ein auf Nachhaltigkeit und kollektives Verantwortungsbewusstsein angelegtes Bildungssystem hingegen

würde auf einen Streich ganze Gesellschaften gegen den schlimmsten Unsinn im Kontext 'freier' Meinungskultur immunisieren. Gegen die Illusion krimineller Ausländer\*innen mit dem Wissen darum, dass das eigentliche Risiko in der Kriminalität Ausländer\*innen gegenüber liegt; gegen die Illusion, Rassen seien eine biologische Kategorie und nicht eine kolonialistische Erfindung; gegen die Illusion, Impfungen verursachten Autismus; gegen die Illusion, in den Wolken sitze ein allwissender, allmächtiger und allgütiger weißer Mann, der unsere unsterblichen Seelen verwaltet.

Es wäre auch eine Möglichkeit, Boris Palmer und andere 'konservative Liberalen' (was auch immer das sein soll) gegen die Illusion zu immunisieren, es gäbe eine linke Meinungsdiktatur, die es ihnen verböte, ihre wirren Verschwörungstheorien als legitime Argumente zu verkaufen. Es muss ein furchtbares Gefühl sein, als weißer Mann mit gutem Einkommen im öffentlichen Dienst kontinuierlich das Gefühl zu haben, vom Rest der Gesellschaft diskriminiert zu werden, so wie Boris Palmer es häufig via Twitter macht.

Aber wir alle haben Gefühle. Ich habe das Gefühl, dass zwischen systemischer Bildungsarmut, mut- und freiwilliger Dummheit sowie bürgerlichen Grünen, die ebenso in der blauen Partei sein könnten, jedes stolzeuropäische Gerede von Kulturen der Aufklärung, ein schlechter Witz ist. Ich habe das Gefühl, umgeben von Idioten zu sein. Das mag sich nicht toll anfühlen, aber meine Gefühle sind – glücklicherweise – fürs große Ganze scheißegal.<



# CAMPUS DI MONACO

Campus di Monaco  
Internationale Montessorischule München

„Wir wollen eine lebenswerte und  
friedliche Zukunft mitgestalten,  
Bereicherung durch Vielfalt,  
beste Bildung für *alle*!“

Start 2019

In unserer **ganztägigen** Mittelschule (5. – 10. Klasse)  
mit einem erfahrenen **multiprofessionellen Team**  
lernen Kinder und Jugendliche  
mit und ohne Migrationserfahrung **gemeinsam**.

★ Mehrsprachigkeit ★ Engagement ★ Gemeinschaft ★ Kulturelle Bildung ★

[www.campus-di-monaco.de](http://www.campus-di-monaco.de)

## Infoveranstaltung & Gründungsfest

14. Januar 2019

19.00 Uhr

Café Bellevue di Monaco  
(Müllerstraße 6)



## WIR STARTEN DURCH MIT DEM FREUNDESKREIS DES GRANDHOTEL COSMOPOLIS!

Dieser dient der Schaffung einer kontinuierlichen Unterstützung direkt aus Eurer Mitte. Wir geben unser Bestes, ein stabiles und zukunftsfähiges Vorgehen zu entwickeln, das dem Grandhotel ein Überleben ohne Drama erlaubt.

Wenn auch Ihr Freundeskreis-Unterstützer\*innen werden wollt oder Menschen kennt, die es werden wollen, freuen wir uns über einen fixen monatlichen Beitrag.

Habt von Herzen tausend Dank für all die Wertschätzung, fürs Weitererzählen, Spenden und für die konstruktive Kritik.

All das hilft uns sehr, mit offenem Blick in die Zukunft zu gehen.

Noch immer offen für alle.

Euer Grandhotel.



### DEINE SPENDE AN:

Grandhotel Cosmopolis | Freundeskreis  
Stadtsparkasse Augsburg  
KtoNr 250 780 129 | BLZ: 720 50 000  
IBAN DE85 7205 0000 0250 7801 29  
SWIFT-BIC AUGSDE77XXX

FREUNDESKREIS@  
GRANDHOTEL-COSMOPOLIS.ORG